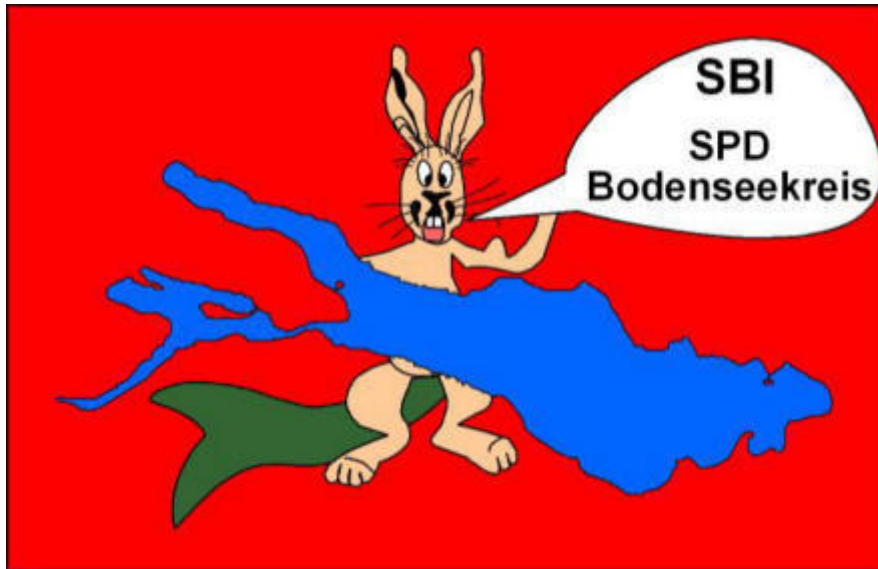


# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Mit dem Arbeitsprogramm 2010 wird nun erkennbar, dass die SPD wieder Fuß fasst. Erkennbar wird auch, dass viel Arbeit vor uns liegt, wollen wir wieder Wähler und Mitglieder zurück gewinnen.

Da die Koalition aus Union und FDP Ernst machen wollen mit ihrer Politik der Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, wird es immer drängender, ernsthafte Opposition zu betreiben gegen den Ausverkauf des Sozialstaates. Dies gilt im Bund und gleichermaßen in den Ländern.

Aus dem „Fehlstart“ ist mittlerweile politisches „Totalversagen geworden“ stellt Frank-Walter Steinmeier fest. Zu dem Spagat, Steuern zu senken und gleichzeitig die Schuldenbremse zu treten, meint die Kanzlerin: "Zu so einer Art von politischer Kunst sind wirklich nur wir fähig."

Der Wechsel Oettingers nach Brüssel und der damit verbundene Regierungswechsel bringen auch die Gefahr mit sich, dass die neue Landesregierung wie im Bund stärker nach rechts rückt. Das zögerliche Verhalten im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und

die Steuerpolitik von Oettinger und Mappus schaden dem Land immer mehr. Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg werden nachhaltig ruiniert.

Die Vorschläge der SPD hierzu aus der Klausur in Emmendingen weisen den richtigen Weg.

<http://fraktion.bawue.spd.de/index.php?docid=4186>

Die Liste der Sünden der Landesregierung ist lang. Man denke nur an die Bildungspolitik, die schreiende Ungerechtigkeit gegenüber den Kindern, die dem armen Bevölkerungsteil zuzurechnen sind. Die Schulpolitik mit dem Ziel der Verlagerung aller Schulen in die Zentren wird der kulturellen Verödung der Landgemeinden Vorschub leisten. Der Anteil bildungsferner Bevölkerungsgruppen wird wachsen. Wir sind im Begriff, unser „Humankapital“ zu vergeuden.

So wollen Union und FDP unser Land durch die Krise führen. Stopp dem Unsinn!

Es grüßt Sie

die Redaktion

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

## Inhaltsverzeichnis

- **Schwarz-Gelb treibt Kommunen in den Finanzkollaps - Schwarz-Gelb fehlen klare Positionen und Führung - Arbeitsprogramm 2010 beschlossen - Satte Rendite für Hoteliers** S. 2 - 5
- **SPD gegen Abschaffung des Landeserziehungsgelds – EU: "Geplanter Rahmen für öffentliche und soziale Dienstleistungen ist der richtige Weg" - "Wer ist der wahre Oettinger?"** S. 5 - 6
- **Anhörung der neuen Kommissare - KV Bodensee – MdL Norbert Zeller: Landesregierung gefährdet Zukunftsaufgaben der Kommunen – Einladung Jusos: Asylheim Goldbach – Einladung Jusos: "Wie gerecht ist Freiheit" - Dreikönigstreffen in Langenargen – Leserbrief – Regierungspräsident antwortet Zeller - Wie steht das Land dazu? – Aufgelesen - Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem führt zu Verlust von Hauptschulstandorten - Zeller beteiligt sich an Demo** S. 6 - 13
- **Mehr Unterrichtsausfall – Termine - - SBI: SP Kanton St.Gallen: Kantonale SP-Initiative gegen Pauschalbesteuerung eingereicht - „Jetzt rächt sich die bürgerliche Steuergeschenk-Politik!“** S. 13-14
- **Kölliker will Spitäler schliessen! - SPÖ Vorarlberg: SPÖ-Integrationspapier mit fünf konkreten Forderungen - SPÖ stellt Positionspapier betreffend Integration vor - SPÖ-Frauenchefin Pircher kritisiert Innenministerin nach Internierungsvorschlag -** S. 15-16
- **Kreis BC- Martin Gerster: „Generation global – jetzt bewerben!“ - „Ausbau der Südbahn muss kommen“ - MdB Gerster schreibt Minister Ramsauer – Kreisverband Ravensburg: Otto Ziegler ist der neue Kreisvorsitzende - „Unter dem Abschneiden habe ich gelitten“ - Alles Gute Rudolf** S. 16-21
- **BavariaSPD: KV Lindau: SPD landet "absoluten Volltreffer" - Hilde Mattheis: Arbeitsfähigkeit der Pflegestützpunkte muss langfristig gesichert werden - „GEW-Gutachten zur Schulstruktur bestätigt die immer schon vorgebrachte Kritik der SPD an der Bildungspolitik der Landesregierung“ - Ausbau der Strecke Ulm-Lindau darf nicht gestrichen werden – Oh Mutti!** S. 21-23
- **Einladungen: Altersarmut? Rente mit 67? – GEW - Impressum** S. 24-26

## Schwarz-Gelb treibt Kommunen in den Finanzkollaps

Die deutschen Städte und Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand. Sie erwarten einen Fehlbetrag von zwölf Milliarden Euro – jährlich. Schon werden in den ersten Städten Grundschulen geschlossen, die Straßenbeleuchtung reduziert und das Wasser in öffentlichen Bädern weniger geheizt. Ursachen sind die Folgen der Wirtschaftskrise. Und die Steuerpolitik von Schwarz-Gelb. Das Bundesfinanzministerium empfiehlt den Kommunen: Gebühren erhöhen!

"Die Kommunen werden gezwungen, die Leistungen für die Bürger weiter einzuschränken, die Investitionen zurückzufahren und die Verschuldung zu erhöhen", kündigte der Präsident des Deutschen Städte und Gemeindebundes, der Bautzener Oberbürgermeister Christian Schramm, am Montag in Berlin an. Auch Beispiele dafür, was das konkret für die Menschen heißt, nannte Schramm, der selbst CDU-Politiker ist: "In der Kulturhauptstadt Essen werden Grundschulen geschlossen, in Remscheid wird nachts die Straßenbeleuchtung reduziert, und in anderen Gemeinden senkt man die Wassertemperatur in den öffentlichen Bädern."

Dass die Kommunen in Deutschland in einer so katastrophalen Finanzlage stecken hat verschiedene Ursachen. Zum einen sind durch die Finanzkrise Einnahmen vor allem aus der Gewerbesteuer weggebrochen, die Erträge aus der Einkommensteuer

sinken und sie haben höhere Sozialausgaben. Zum anderen kommen massive Einbußen durch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung hinzu – rund 1,6 Milliarden gehen den Städten und Gemeinden dadurch zusätzlich verloren.

Für die Bürgerinnen und Bürger heißt das, sie müssen sich auf harte Einschnitte gefasst machen: Es geht um die Zukunft von öffentlichen Büchereien und anderen kulturellen Einrichtungen, wie etwa Museen oder auch um Schwimmbäder. Dringend warnt Schramm daher vor weiteren Steuersenkungen.

## Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung vor dem Aus?

Auch die Zukunft der Kinderbetreuung ist massiv bedroht. So ist in der derzeitigen Finanzlage schon der aktuelle Bestand nicht mehr gesichert. Hinzu kommt aber noch der dringend erforderliche Ausbau, denn ab 2013 haben Eltern von ein- und zweijährigen Kindern einen Rechtsanspruch auf den Betreuungsplatz. Nach den bisherigen Annahmen der Bundesregierung ist der Bedarf gedeckt, wenn für 35 Prozent eines Jahrgang ein entsprechendes Angebot zur Verfügung steht. Eine neue Forsa-Umfrage ermittelte aber einen doppelt so hohen Bedarf: Demnach wünschen sich nämlich 66 Prozent der Eltern einen Betreuungsplatz für ihr Kind. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes warnt daher schon vor einer gewaltigen Klagewelle, die auf die Kommunen zukommen dürfte. Das heißt: Nicht 750.000 Plätze müssten bis 2013 geschaffen werden, sondern 1,3 Millionen, so Landsberg.

## Bundesregierung will "Kurs halten" und empfiehlt Gebührenerhöhungen

Grund zum Umsteuern sieht die schwarz-gelbe Bundesregierung indes nicht. Die Kritik an der Steuer-senkungspolitik bezeichnete FDP-Chef Guido Westerwelle am Montag als "Theaterdonner" und erklärt trotzig: "Wir halten Kurs." Ein Sprecher des von Wolfgang Schäuble geführten Finanzministeriums empfiehlt nun den Städten und Gemeinden, über Gebührenerhöhungen nachzudenken. Die Bundesregierung, gibt er sich verständnisvoll, werde solche Entscheidungen respektieren und "Anpassungen nicht kritisieren".

05.01.2010

SPD.de

## Schwarz-Gelb fehlen klare Positionen und Führung



© Thomas Imo / photothek.net

Einen „glatten Fehlstart“ hat die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles der Bundesregierung attestiert. Die heftigen Konflikte in Grundsatzfragen erforderten schon jetzt ein schwarz-gelbes Krisentreffen. Gestritten wird in der Koalition unter anderem über die Afghanistan-Strategie. Die SPD hingegen, kündigte Nahles an, werde das Thema konzentriert noch vor der internationalen Konferenz in London bearbeiten.

Die SPD-Generalsekretärin hat mitgezählt: Den bereits dritten Neustart habe die Bundesregierung nun angekündigt, nachdem sie „noch nicht einmal ein halbes Jahr im Amt ist“. Im Interview mit dem Deutschlandfunk kritisierte Nahles am Freitag die Zerstrittenheit der Koalition, das Fehlen klarer Positionen – und die Führungsschwäche der Kanzlerin. Erst nach der NRW-Wahl werde den Menschen die Wahrheit gesagt.

Angela Merkel sei über Weihnachten abgetaucht, als sie dann wieder nach oben kam habe sie „einen gackernden Hühnerhaufen vorgefunden und jetzt ein Krisentreffen einberufen“, beschrieb Nahles die Lage von Schwarz-Gelb im Umfeld der Jahresauftakt-klausuren von CSU und FDP.

Scharfe Kritik äußerte die SPD-Generalsekretärin auch am Fehlen einer klaren Afghanistan-Strategie in der Bundesregierung. Bereits Ende Januar wird in London eine internationale Konferenz zum Thema stattfinden und noch immer ist nicht klar, wer die deutschen Interessen mit welcher Zielrichtung vertreten wird. Nahles erinnerte daran, dass die SPD schon in der letzten Legislaturperiode einen entsprechenden Plan vorgelegt hatte.

Zudem werde die SPD am 22. Januar in Berlin ein großes Experten-Hearing zum Thema veranstalten, kündigte die Sozialdemokratin an.

08.01.2010

SPD.de

## Arbeitsprogramm 2010 beschlossen

Die SPD hat ihr [Arbeitsprogramm für das Jahr 2010](#) beschlossen. In der Weiterentwicklung ihrer Programmatik geht die Partei dabei mit der Etablierung von "Zukunftswerkstätten" neue Wege und sucht den engen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern. Einen weiteren Schwerpunkt setzt die SPD im Bereich Europa und internationale Politik. Und es wird um innerparteiliche Reformen sowie um Dialogstrukturen des Parteivorstandes gehen.



Ein volles Arbeitsprogramm hat sich die SPD für das Jahr 2010 – und darüber hinaus – aufgegeben. Auf seiner Jahresauftaktklausur beschloss der Parteivorstand am Montag in Berlin ein zwölfseitiges Papier, in dessen Zentrum die programmatische Weiterentwicklung steht.

### **"Zukunftswerkstätten":** **Prozess für eine kritische Debatte**

In "Zukunftswerkstätten" wird die SPD auf allen Ebenen gemeinsam mit Experten und vor allem mit Bürgerinnen und Bürgern Politikentwürfe in zentralen gesellschaftlichen Bereichen erarbeiten. Dabei geht es um eine kritische, auch selbstkritische, Debatte mit möglichst vielen Partnern.

Die Zukunftswerkstätten sind kein Gremium, sondern ein Prozess, in dem unterschiedliche Methoden und

Instrumente zur Anwendung kommen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bürgerinnen und Bürger als "Experten in eigener Sache". Ihre Alltagserfahrungen sollen der Maßstab sein, an dem sich zu erarbeitende politische Vorschläge messen lassen müssten, heißt es im Vorstandsbeschluss.

Koordiniert wird jede Zukunftswerkstatt durch eine Steuerungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Parteivorstandes, der Bundestagsfraktion sowie der Arbeitsgemeinschaften und Foren. Sie bereiten auch inhaltliche Impulse für den auf zwei Jahre angelegten Diskussionsprozess vor. Im Verlauf des kommenden Jahres sollen die Arbeitsergebnisse dem ordentlichen Parteitag 2011 als weiterentwickelte Programmatik zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

## **Schwerpunkt Europa und internationale Politik**

Als weiteren Schwerpunkt für 2010 will die SPD vor allem die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien in Europa intensivieren. Erste Antworten auf europäische und internationale Fragen wird sie bereits in wenigen Tagen vorlegen. Nach der Afghanistan-Konferenz des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion soll in der kommenden Woche ein Vorstandsbeschluss für eine Strategie zum weiteren Engagement im Land am Hindukusch erfolgen. Noch vor der internationalen Afghanistan-Konferenz Ende Januar in London legt die SPD damit ein Konzept vor, während die Bundesregierung eigene Ziele schuldig bleibt.

## **Parteireform und neue Dialogformen**

Außerdem will die SPD im laufenden Jahr eine Parteireform erarbeiten mit dem Ziel, die Kampagnenfähigkeit in und außerhalb von Wahlkämpfen zu erhöhen, die Arbeit von Mandatsträgern stärker zu unterstützen und die Beteiligungsmöglichkeiten von Mitgliedern auszubauen – unter anderem durch regelmäßige Befragungen, Mitgliederentscheide und Urwahlen. Die Dialogstrukturen in der gesamten Partei sollen zudem so weiterentwickelt werden, dass sie, unabhängig der Arbeit in den Zukunftswerkstätten, offen sind für alle, die an progressiver sozialdemokratischer Politik interessiert sind. Diskussionen in kleinen Zirkeln und in geschlossenen Räumen reicht nicht, so die Überzeugung. "Wir wollen das demokratische Gespräch auch dort suchen, wo es täglich stattfindet: im Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Ein Schwerpunkt der kommenden Zeit werden solche konkreten Begegnungen vor Ort sein", heißt es im Arbeitsprogramm 2010 der SPD.

18.01.2010

SPD.de

## **Parteispenden:**

### **Satte Rendite für Hoteliers**

Dass die reduzierte Mehrwertsteuer für Hoteliers zu mehr Wirtschaftswachstum oder gar Arbeitsplätzen führen wird, glaubt auch unter Ökonomen niemand. CSU und FDP haben das milliardenschwere Geschenk für ihre Klientel dennoch durchgesetzt. Sie sind der Branche verpflichtet. Denn riesige Spenden sind an beide Parteien geflossen. Als "offensichtlich käuflich", bezeichnete der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel einen Teil der Regierung. Die Rechnung für Einnahmeausfälle des Staates muss jetzt der Steuerzahler begleichen.

Scharfer Kritik sieht sich die schwarz-gelbe Bundesregierung schon lange von Experten und Opposition ausgesetzt, angesichts der konjunktur- und arbeitsmarktpolitisch wirkungslosen Mehrwertsteuersenkung für Hotelbetreiber.

Inzwischen belegen der "Spiegel" und die "Süddeutsche Zeitung" mit ihren Recherchen, wovon politische Beobachter seit dem schwarz-gelben Beschluss für das bemerkenswerte Steuergeschenk ohnehin schon ausgehen. Da ist an einzelne Parteien richtig viel Geld geflossen und jetzt wollen die Hoteliers die Rendite einstreichen. "Ein Teil der Regierung ist offensichtlich käuflich", stellte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am Sonntag in der ARD fest. Einen "Skandal" hätten FDP und CSU mit ihrer unverantwortlichen Politik angezettelt.

### **1,1 Millionen an die FDP, 820.000 an die CSU**

Der Vorgang im Einzelnen: Nach Informationen des "Spiegel" hat die Substantia AG, ein Unternehmen des Milliardärs August Baron von Finck, zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 der FDP satte 1,1 Millionen Euro gespendet. Das ist selbst für die Liberalen eine ganz außergewöhnliche Größenordnung. Die Familie Finck ist Miteigentümerin der Mövenpick Gruppe, die zahlreiche Hotels in Deutschland betreibt. An die CSU hat die Familie nach Recherche der "Süddeutschen Zeitung" schon vor der bayerischen Landtagswahl zweimal großzügig gespendet. Einmal 430.000 und dann noch mal 390.000 Euro.

Abseits des Geldregens, der auf FDP und CSU niedergegangen ist, lässt sich auch bei sorgfältiger Suche keine plausible Begründung für das Steuergeschenk finden. Ein Beitrag zum Bürokratieabbau, dem sich vor allem die FDP regelmäßig als verpflichtet erklärt, ist die Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetreiber von 19 auf sieben Prozent mit Sicherheit nicht. Denn für das Frühstück nach der Übernachtung wird weiter der volle Satz berechnet. Darum beschwerten sich inzwischen auch acht große Wirtschaftsverbände bei der Bundesregierung. Die neue

Regelung mache die Abrechnung von Dienstreisen komplizierter, heißt es in einem Brief an das Bundesfinanzministerium, der der Zeitung "Die Welt" (Montagsausgabe) vorliegt.

Auch die Interessenvertretung des Hotel- und Gastronomiegewerbes, die DEHOGA, hätte gerne eine für ihren Bereich einheitliche Regelung: Natürlich sieben Prozent auf alles. Aber selbst Schwarz-Gelb fürchtete offensichtlich noch größere Steuerausfälle, die sich dann auf den gesamten Gastronomiebereich ausdehnt hätten. Und ungeachtet des kleinen Schönheitsfehlers feiert die DEHOGA das Ergebnis insgesamt als großen Erfolg für die Branche.

### **Steuerzahler müssen für Hotelbetreiber tief in die Tasche greifen**

Mit Recht, denn Schätzungen zufolge bringt die Mehrwertsteuersenkung den Hoteliers rund 1,3 Milliarden Euro zusätzlich. Jährlich. Geld, das dem Staat fehlt und der Steuerzahler daher an anderer Stelle wird zahlen müssen.

### **"Konjunkturell wirkungslos"**

Wenn also kein Bürokratieabbau, dann vielleicht mehr Wirtschaftswachstum und neue Jobs? Daran glaubt unter deutschen Wirtschaftsexperten aber niemand. Zuletzt hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ungewohnt harsche Kritik an Union und FDP geübt: Das Mehrwertsteuergeschenk an Hotelbetreiber widerspreche dem Ziel der Steuervereinfachung und sei konjunkturell schlicht wirkungslos. "Schlimmer noch", unterstrich der DIW-Konjunkturexperte Christian Dreger: "Die hier betriebene Klientelpolitik untergräbt die ordnungspolitische Glaubwürdigkeit, die für den geplanten umfassenden Abbau von Steuerausnahmetatbeständen unverzichtbar ist."

Auch der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), kritisierte FDP und CSU. "Die einseitige Privilegierung einer einzelnen kleinen Gruppe in Form einer Reduktion der Mehrwertsteuersätze war von Anfang an Ausdruck einer reinen Klientelpolitik und ökonomisch eigentlich nicht zu rechtfertigen", sagte der Ökonom dem "Hamburger Abendblatt" (Montagsausgabe). "Die Regierung hat den Hoteliers einen Vorteil zugeschanzt, von dem sie annehmen musste, dass dieser nicht an die Endverbraucher weitergegeben wird, sondern im Prinzip bloß die Ertragslage des Hotelgewerbes im internationalen Wettbewerb verbessern soll."

### **Marode Schulen, neues Parkett im Grandhotel**

Das Gebaren der FDP in der Regierung empört inzwischen selbst verdiente Liberale. So kritisiert die frühere FDP-Staatsministerin Hildegard Hamm-

Brücher im "Spiegel": "In der Regierung macht die FDP reine Klientelpolitik. Sie kümmert sich um die Steuerfragen einer bestimmten Schicht, das ist alles." Die Folgen einer solchen Politik skizzierte unter anderem jüngst der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier in der "Bild am Sonntag": "In manchen Schulen pfeift der Wind durch die Fenster, aber im Grandhotel nebenan wird jetzt neues Parkett verlegt."

18.01.2010

SPD.de

## **SPD gegen Abschaffung des Landeserziehungsgelds**

SPD-Fraktionschef [Claus Schmiedel](#): „Die SPD ist gegen eine Umverteilung der staatlichen Förderung von armen hin zu reichen Familien“

SPD-Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel widerspricht den Forderungen der FDP, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen. Das Landeserziehungsgeld konzentrierte sich auf Familien im untersten Einkommensbereich. Zudem würde es mindestens einen Teil der Zeit, in der nicht beide Elternteile voll erwerbstätig sind, überbrücken, um genug eigenes Einkommen erzielen zu können. In dieser Funktion müsse es erhalten bleiben. „Die SPD ist gegen eine Umverteilung der staatlichen Förderung von armen hin zu reichen Familien“, sagte Schmiedel.

Die FDP wolle offensichtlich die Summe, die sie über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ausgegeben habe, auch durch Einsparungen im Landeserziehungsgeld wieder hereinbekommen. Dieses Gesetz fördere Kinder aus wohlhabenden Familien erheblich stärker als bei der allgemeinen Kindergelderhöhung. Würde jetzt noch das Landeserziehungsgeld gestrichen, würden ärmere Familien zweifach benachteiligt, sagte Schmiedel. „Wenn die FDP sich durchsetzt, würde eine neue Kinderarmut produziert werden“, sagte Schmiedel. "Ich warne die CDU, dieser Forderung der FDP nachzugeben.“

Stuttgart, 15. Januar 2010

[Dr. Roland Peter](#)  
Pressesprecher

**Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament**



**Fraktion der**

**Sozialdemokratischen Partei Europas**

**SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament**

EP/ Anhörungen Olli Rehn und Joaquin Almunia  
**Brüssel, 12. Januar 2010**

## Peter SIMON:

### **"Geplanter Rahmen für öffentliche und soziale Dienstleistungen ist der richtige Weg"**

**Auch designierter Wettbewerbskommissar Almunia musste Farbe bekennen**

Die Ankündigung des designierten Wirtschafts- und Währungskommissars Olli Rehn während der Anhörung im Europäischen Parlament, bereits in diesem Jahr einen Vorschlag zu einem Rahmen für öffentliche und soziale Dienstleistungen vorzulegen, sieht der SPD-Europaabgeordnete Peter SIMON als einen enorm wichtigen Schritt: "Es wurde Zeit, dass wieder Bewegung in die Sache kommt. Wir Sozialdemokraten fordern bereits seit Jahren eine durchgängige Rechtssicherheit für den Bereich der Daseinsvorsorge, damit insbesondere die Kommunen bei der Erbringung von Dienstleistungen, die für das Gemeinwohl wichtig sind, nicht ständig Einzelfallentscheidungen der Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs unterliegen."

Nachdem Peter SIMON, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), sich innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion bereits im Vorfeld der Anhörungen stark dafür eingesetzt hatte, die kommunale Daseinsvorsorge zu einem zentralen Thema bei der Befragung der designierten Kommissare zu machen, nutzte er die heutige Anhörung des designierten Wettbewerbskommissars Joaquin Almunia vor dem ECON-Ausschuss, um auch diesen zu konkreten Aussagen zu verpflichten. Von dem Spanier wollte Peter SIMON deshalb wissen, wie dieser zu der Schaffung eines qualitativen Rahmens für öffentliche und soziale Dienstleistungen stehe, wie er sich die Umsetzung in der Praxis vorstelle und in welchem Zeitrahmen.

Die Antwort des designierten Wettbewerbskommissars nahm Peter SIMON mit Zufriedenheit zur Kenntnis: "Auch Almunia hat sich dazu bekannt, zügig einen klaren rechtlichen Rahmen zu schaffen. Jetzt müssen auf die Worte aber auch noch Taten folgen." Peter SIMON versicherte, dass die Sozialdemokraten die Umsetzung aktiv begleiten werden. "Dabei werden wir besonderes Augenmerk darauf legen, dass das im Lissabonner Vertrag festgeschriebene Recht der kommunalen Selbstverwaltung dabei nicht unterwandert wird. Denn eine qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Bürgergesellschaft."

**Für weitere Informationen:**

**Büro Peter Simon: + 32 228 47558 und  
Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 930 060  
(GSM)**

## Peter Simon:

### **"Wer ist der wahre Oettinger?"**

**Zwiespältiges Fazit zu dem Auftritt Günter Oettingers bei der Kommissarsanhörung**

"Fehlerfrei, solide, aber mit angezogener Handbremse, wenn es um Konkretes ging" - so der erste Teil des Fazits des Mannheimer SPD-Europaabgeordneten Peter Simon zu der heutigen Anhörung des designierten Energiekommissars Günter Oettinger. "Mehr als verwunderlich ist es allerdings, dass sich Oettinger in allen Fragen des Verhältnisses zwischen Atomkraft und erneuerbarer Energie erstaunlich differenziert zeigt, seine Antworten dabei aber diametral zu unter seiner Regierung vor wenigen Monaten beschlossenen Positionen stehen, wie sie beispielsweise das Baden-Württembergische Energie-Konzept 2020 beinhaltet" so Simon weiter. In diesem Konzept will die Landesregierung u. a. den Kraftwerksstandort Baden-Württemberg sichern.

"Diese Wandlung von Oettinger kann nur zwei Erklärungen haben. Entweder hat er sich heute bei der Anhörung opportunistisch verhalten und sich so geäußert, wie es am besten ankommt. Oder wir haben zum ersten Mal den wahren Günter Oettinger gesehen", bringt es Simon auf den Punkt. "Letzteres kann durchaus sein, denn er hat den Eindruck vermittelt, in seiner Differenziertheit authentisch zu sein."

Simons Fazit: "Das uns dieser wahre Günter Oettinger über Jahre vorenthalten wurde, wirft jedoch ein sehr schlechtes Licht auf die Landesregierung und zeigt unter welchem großen Druck er als Ministerpräsident in einer Landtagsfraktion mit einem **potenziellen 'Königsmörder' Stefan Mappus** im Rücken stand. Wenn diese Verhältnisse ein Vorgeschmack auf Baden-Württemberg unter Stefan Mappus als Ministerpräsident sind, dann habe ich ein kein gutes Gefühl für die Zukunft unseres Landes."

*Für weitere Informationen:*

*Büro Peter Simon,  
Tel. 0032 2 2849558*

## **Anhörung der neuen Kommissare**

**Grillparty nennen Beobachter die strengen Anhörungen der neuen Kommissare vor ihrer Wahl kommende Woche in Straßburg. Wenn einer beim Grillen verbrennt, ist die ganze Kommission durchgefallen. Wir dokumentieren hier einige Ergebnisse.**



## **Michel Barnier**

„Michel Barnier wird als Kommissar ein Gewinn für den europäischen Binnenmarkt sein“. Das erklärte die Sprecherin der S&D-Fraktion für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Evelyne Gebhardt (SPD), nach der Anhörung des Franzosen im Europäischen Parlament. „Es wäre wünschenswert, dass er auch den Verbraucherschutz in den Griff bekommt, den Kommissionspräsident Barroso bei der Zuteilung der Portfolios verzettelt hat“, fügte die Abgeordnete hinzu.

Evelyne Gebhardt lobte die Zusage Barniers, Artikel 3 des Lissabonner Reformvertrages ernst zu nehmen, der die soziale Gestaltung des Binnenmarktes fordert. „Dadurch gewinnt der europäische Markt ein soziales Gesicht“, stellte sie fest. „Dass Barnier bei seinen geplanten Maßnahmen sein Augenmerk verstärkt auf die soziale Komponente richten möchte, begrüße ich sehr“, hob die SPD-Europaabgeordnete und Koordinatorin im Binnenmarktausschuss hervor.

„Ich werde aber weiterhin darauf achten, dass die Binnenmarktgesetzgebung den Bürgerinnen und Bürgern dient und nicht einseitig den Marktradikalismus fördert“, unterstrich Evelyne Gebhardt. Sie sei jedoch zuversichtlich, dass in Zusammenarbeit mit der Kommission eine sozialere Ausrichtung erzielt werden kann. „Michel Barnier machte einen seriösen und positiven Eindruck“, erklärte die baden-württembergische Europaabgeordnete. Er werde sich der sozialen Folgenabschätzung und einer sozialen Fortschrittsklausel in der Binnenmarktgesetzgebung sicher nicht verschließen

Ein weiteres bedeutendes Aufgabengebiet Barniers ist die Gestaltung der Daseinsvorsorge in der Europäischen Union. „Wenn Barnier sein Amt übernimmt, muss er sich dafür einsetzen, dass öffentliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, wie zum Beispiel Sozialdienstleistungen oder Energie- und Wasserversorgung allen Bürgerinnen und Bürgern flächendeckend, kostengünstig, allgemein zugänglich und in hoher Qualität zur Verfügung stehen“, gab ihm Evelyne Gebhardt mit auf den Weg.

## **Catherine Ashton**

Wolfgang Kreissl-Dörfler, außenpolitischer Experte der SPD Abgeordneten im Europäischen Parlament, ist mit dem Verlauf der Anhörung der Nominierten sehr zufrieden: „Den hohen Erwartungen ist Catherine Ashton im Hearing absolut gerecht geworden. Das haben selbst die Konservativen nach ihrer anfänglichen Skepsis anerkennen müssen.“

Kreissl-Dörfler betonte: „Es ist ihr gelungen, klar und deutlich zu machen, wie die zukünftige Außenpolitik der EU aussehen wird und in welchem Spannungsfeld sie zwischen Rat, Kommission und Parlament agieren muss.“ Positiv sei insbesondere auch ihre

Vorstellung, eng mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten, so der SPD-Europaabgeordnete weiter.

Vor allem zeigte sich der Sozialdemokrat darüber erfreut, dass Catherine Ashton deutlich gemacht hat, weltweit für die Einhaltung von Menschenrechten eintreten zu wollen. „Sie hat klar gesagt, dass Menschenrechte ein zentraler Bestandteil ihrer Außenpolitik sein werden, über die nicht verhandelt werden kann.“

Kreissl-Dörfler zeigt sich zuversichtlich: „Ashton wird dem Parlament eine gute Partnerin sein. Ich bin überzeugt, dass sie mit unserer Hilfe ihre Vorstellungen umsetzen und der europäischen Außenpolitik eine zukunftsweisende Richtung geben wird.“

## **Günther Oettinger**

Bei der Anhörung des designierten EU-Energiekommissars hat Günther Oettinger einen überwiegend positiven Eindruck bei den Abgeordneten hinterlassen. Der SPD-Europaabgeordnete und Energieexperte Norbert Glante zieht eine allgemein positive Bilanz seines Auftritts: „Oettinger hat seine Prioritäten in Sachen Energiesicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit durchaus auch im Detail und mit Sachkenntnis vorgestellt“, kommentierte Norbert Glante im Anschluss an die Sitzung.

Inwiefern der neue Energiekommissar in Zukunft das wichtige Thema Energieforschung abdecken will, das von nun an in der EU-Generaldirektion Forschung behandelt wird, wollte Norbert Glante in seiner zweiten Frage von Oettinger wissen: „Oettinger weiß um sein reduziertes Portfolio und will sich über die formelle Abgrenzung seiner Kompetenzen hinaus für die Energieforschung in Kooperation mit der Forschungskommissarin einsetzen. Wir können uns nur wünschen, dass Oettinger seine Absichten auch in die Tat umsetzt“, so der Europaabgeordnete.

Die Sozialdemokraten begrüßten insbesondere seine Ankündigung, sich der Energiearmut anzunehmen. „Ich bin sehr gespannt, wie er ein Recht auf Versorgung mit Strom und Wärme in der EU umsetzen und den Energiekonzernen das Stromabschalten verbieten will. Auch die Zusage, den Schwerpunkt der finanziellen Förderung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu legen, begrüßen wir sehr. Daran werden wir Sozialdemokraten ihn künftig messen“, so Norbert Glante.

Aus Sicht des energiepolitischen Experten der SPD-Abgeordneten hat sich Oettinger für sein Amt als EU-Energiekommissar allgemein als kompetent gezeigt. „Wir hoffen, dass Oettinger seine heute vorgestellten Ideen wie angekündigt in enger Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament auch umsetzen wird“, so Norbert Glante abschließend.

**Evelyne Gebhardt, MdEP  
in EUROPA-AKTUELL Nr.1/2010**

## SPD - Kreisverband Bodenseekreis



**MdL Norbert Zeller**

### Norbert Zeller zu Kleinkindbetreuung:

## Landesregierung gefährdet Zukunftsaufgaben der Kommunen

Wie der Bildungsexperte Norbert Zeller mitteilt, will die SPD-Fraktion im Landtag den Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung ab 2013 aufrechterhalten. Allerdings zeige die Kritik des Gemeinde- und Städtetags Baden-Württemberg, dass die Kommunen im Land stärker unterstützt werden müssten, um das Ziel zu erreichen, sagte der SPD-Landespolitiker und Vorsitzende des Schulausschusses im Landtag. „Da die Landesregierung aber einerseits Steuerreformen propagierte und andererseits den Kommunen immer mehr Lasten aufdrängt, bleiben wichtige Zukunftsaufgaben auf der Strecke“, so Zeller. „Es wäre ein gesellschaftliches Fiasko, den Rechtsanspruch zu kippen“.

Er verwies darauf, dass die Kommunen im Land bereits durch die Steuerreform ab Anfang Januar in diesem Jahr Einnahmeausfälle von rund 150 Millionen Euro und ab 2011 von 250 Millionen Euro hätten. Die Landesregierung erschwere es den Kommunen deshalb erheblich, ihre Aufgaben zu erfüllen, sagte Zeller. „Da der künftige Ministerpräsident Mappus Steuersenkungen unterstützte, schwächte er den Ausbau der Kinderbetreuung durch die Städte und Gemeinden in der Bodenseeregion.“

Hinzu komme, dass die Bürger zwar steuerlich entlastet würden. Demgegenüber bleibe aber vielen Kommunen nichts anderes übrig, als diese Entlastung durch höhere Gebühren oder Steuern zu finanzieren. Letztlich hätten die Bürger die Zeche zu zahlen, meinte der Abgeordnete der Bodenseeregion. Noch schlimmer werde es, würde Schwarz-Gelb 2011 tatsächlich eine weitere Steuerreform starten. Dann sei zu erwarten, dass die Kommunen und die Landkreise jährlich zusätzlich eine weitere halbe Milliarde Euro verlieren würden. „Wenn Mappus hier erneut mitziehen will, nimmt er den Kommunen endgültig die Luft zum Atmen“, wirft Zeller dem künftigen Ministerpräsidenten des Landes vor.

08.01.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

## Jusos im Bodenseekreis



Liebe Genossinnen,  
Liebe Genossen,

Wie auch in den vorigen Jahren werden die Jusos Bodenseekreis auch dieses Jahr ihre Weihnachtsaktion im Asylheim in Goldbach, Überlingen veranstalten. Aufgrund des vollen Terminplans des Asylheimes findet diese Aktion allerdings erst Ende Januar statt. Die Bewohner kennen die die Aktion schon, und freuen sich darauf. Durch die sehr armen Lebensumstände, in denen die Menschen dort leben müssen sind sie auf Unterstützung angewiesen. Deswegen sammeln die Jusos innerhalb und außerhalb der SPD Spenden, die bei der Weihnachtsaktion in Form von Sachspenden übergeben werden. Die Jusos Bodenseekreis haben schon aktiv Spenden gesammelt und wir bitten nun auch um eure Unterstützung. Wenn Ihr das Asylheim in Überlingen gerne unterstützen möchtet, nehme ich für die Jusos Bodenseekreis die Spenden in Empfang. Als Arbeitsgruppe der SPD sind wir leider nicht legitimiert Spendenquittungen auszustellen.

Ich nehme unter folgender Adressen die Spenden in Empfang:

Leon Hahn  
Hochkreuz 3, 88682 Salem

Telefonnummer: 07554 12 76  
Handy: 0175 16 26 400

Die Jusos Bodenseekreis bedanken sich für Eure Mithilfe und wünschen Euch ein frohes neues Jahr,  
Herzliche Grüße,

**i. A. Leon Hahn**

(Mitglied des Kreisvorstandes der Jusos Bodenseekreis, verantwortlich für Finanzen)

### Einladung zur Veranstaltung der Juso HSG

**Donnerstag, 28.01.2010  
19:30-22:00 Uhr**

**Friedrichshafen | Campus am Seemooser Horn  
Kolon LZ 2**



## "Wie gerecht ist Freiheit"

Eine Diskussionsrunde zwischen Studenten, Mitarbeitern und weiteren Interessenten mit Impulsen zweier Professoren der ZU, PD Dr. Martin Hochhuth und Prof. Dr. Helmut Willke

„Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit. Und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit.“ Johann Gottfried Seume (1763-1810), dt. Dichter

Die Juso-Hochschulgruppe der Zeppelin University lädt ein zu einer Diskussion über Freiheit und Gerechtigkeit, über die Natur ihres Verhältnisses und die Grundwerte moderner Gesellschaften.

Derzeit empfinden viele Deutsche ihre Lage als ungerecht. Der Zugang zur Bildung ist nach wie vor beschränkt, Arbeitslose haben weniger Möglichkeiten am kulturellen und sozialen Leben teilzunehmen und Herkunft entscheidet häufig über Zukunft. Andererseits sind die Menschen nur ungern bereit einen Teil ihrer individuellen Freiheit zu Gunsten der allgemeinen Gerechtigkeit aufzugeben. Die Diskussion soll Denkanstöße für die Frage liefern, welche Möglichkeiten der Politik bleiben, eine Balance zwischen beiden Werten zu finden.

Liebe Grüße

Jakob Eckert

## Dreikönigstreffen in Langenargen

Im „Fischerstüble“ direkt an der Langenargener Uferpromenade haben anno dazumal Bodenseefischer, Handwerker und „Kleinbürger“ in düsteren Zeiten einen leuchtenden Stern aufgehen lassen, am Dreikönigstag“ im Jahr 1919 und gründeten einen sozialdemokratischen Ortsverein. Nach dem Ende des 1. Weltkriegs und dem Zusammenbruch des wilhelminischen Obrigkeitsstaates hielten sie es für unabdingbar, der Gesellschaft neue soziale Perspektiven mit auf den Weg zu geben und diesen Aufbruch mit der Gründung weiterer SPD-Ortsvereine an der Basis – parallel zur Übernahme politischer Verantwortung auf höchster Staatsebene mit Ebert, Scheidemann und Müller-Franken- zu untermauern.

Heute, im Jahr 2010, trifft sich die sozialdemokratische Familie in und um Langenargen, noch immer im Fischerstüble am Dreikönigstag, um einen Stern aufgehen zu lassen, der – erst recht nach dem massiven Denkkettel bei der Bundestagswahl am 7. September 2009 (nur noch 23 Prozent für die SPD!) – neue Perspektiven für die politische Arbeit in den kommenden Monaten und Jahren zu vermitteln. Jens-Herrmann Treuner, der neue recht umgängliche Vorsitzende der Orts-SPD und (noch) Ministerialrat im

Bundesrechnungshof, begrüßte zu der Versammlung Parteifreunde aus den benachbarten SPD-Kreisverbänden und Ortsvereinen „von Bayern bis Baden“, aus der Ostschweiz und aus Vorarlberg.



Foto. A. Heinrich von links: Andreas Fuchs, Jochen Jehle, Nils Schmid, Jens-Herrmann Treuner, Charly Maier, Norbert Zeller, Gottfried Christmann

Viele hatten sich dieses Mal auf den Weg nach Langenargen gemacht, um Nils Schmid zu hören, den jungen baden-württembergischen SPD-Landesvorsitzenden, der durch eine Abstimmung in der Mitgliederbasis der Partei in dieses Amt gewählt wurde. Zusammen mit seinem Landtagskollegen, Norbert Zeller, war er an den Bodensee gekommen, eine Region, „die er kennt und schätzt“. Sie hat nur einen Makel: „Sie wird jetzt nach 11 Jahren leider nicht mehr von Sozialdemokraten in Berlin registert...“ Schmid erinnerte sein Publikum zunächst an die erfolgreichen Weichenstellungen für die Wirtschaft und die Gesellschaft, den Ausstieg aus der Atomenergie und die Anstrengungen für den Ausbau der erneuerbaren Energieträger. Auch im Bereich der Kleinkindbetreuung und bei den Ganztageschulen sei man vorangekommen, während die neue schwarz-gelbe Regierung nur Politik machen wolle für diverse Gewerbe-Klientels. Und vor allem: Ein handlungsfähiger Staat braucht genügend Einnahmen aus Steuern statt schwarz-gelber Steuersenkungen und Abgabenerhöhungen auf Kosten der sozial schwächeren Familien. Der Staat müsse handlungsfähig bleiben, um die öffentliche Infrastruktur „zukunftsfest“ zu machen, insbesondere da, wo es um die Menschen geht. Um die Familien, die Kinder, die Arbeitnehmer, besonders im krisengeschüttelten Automobil-Land Baden-Württemberg.

Zwei Botschaften stellte Nils Schmid ([www.nils-schmid.de](http://www.nils-schmid.de)) in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Er beglückwünschte den gastgebenden SPD-Ortsverein Langenargen wegen seines Engagements in der örtlichen Schul- und Bildungspolitik. Damit die einzige weiterführende Schule „im Dorf“ bleiben kann, kommt es Ende Februar 2010 zu einer Volksabstimmung in Langenargen über die Frage, ob die Haupt-

schule am Ort bleiben kann oder ob sie in die Nachbargemeinde Kressbronn verlegt wird.

Bildungspolitik geht nicht nur die in Berlin oder in Stuttgart etwas an, sagte der SPD-Landesvorsitzende, sondern jede Stadt und jede Gemeinde. Und in Langenargen hat sich die SPD-Fraktion im Gemeinderat zusammen mit dem CDU-Bürgermeister Müller gegen eine Mehrheit von CDU und Freie Wähler nachdrücklich dafür eingesetzt, dass „die Schule im Dorf bleibt“. Und deshalb kommt es jetzt zu einem Bürgerbescheid. So ein Engagement – auch außerhalb des Gemeinderates – von Genoss/innen vor Ort für eine fortschrittliche Schulpolitik: das wünscht sich Nils Schmid auch von anderen Gliederungen in der SPD.

Ein zweites Anliegen ist für den neuen Hoffnungsträger der Südwest-SPD die kraftvolle Arbeit von Sozialdemokraten für die „solidarische Mehrheit in der Gesellschaft“. Es müsse verhindert werden, dass Migrantenfamilien und sozial Schwache immer mehr aus der Gesellschaft verdrängt werden, anstatt dass der Zusammenhalt gefördert werde. Die SPD war seit jeher auch eine „Integrationspartei“, reklamierte Nils Schmid. Die Partei müsse sich demzufolge aktiv und kraftvoll zu Wort melden. Er räumte ein, dass im Gegensatz zur CDU und zu den Liberalen kein einziges Mitglied im neu gewählten Bundesvorstand der SPD eine nichtdeutsche Herkunft vorweisen kann.

Vor der Rede von Nils Schmid mahnte Jens-Herrmann Treuner vom Langenargener SPD-Ortsverein an die Adresse der Bundes- und Landespolitiker, die Folgen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise für die Etats der Städte und Gemeinden nicht zu übersehen. Mit dem Wegbrechen der Gewerbesteuer (unter anderem) müssten die Bürgermeister über immer einschneidendere Sparmaßnahmen in ihrer Gemeinde nachdenken. Ohne eine solide Landes- und Finanzpolitik könnten die Gemeinden ihre Aufgaben nicht mehr im gewünschten Umfang erfüllen.

Norbert Zeller ehrte im Verlauf des Dreikönigstreffens „drei heilige Könige“ in der Langenargener SPD für ihre Verdienste: Charlie Maier, langjähriger Gemeinderat, Kreisrat, MTU-Betriebsrat und Präsident des Alemannischen Narrenringes ([www.alemannischer-narrenring.de](http://www.alemannischer-narrenring.de)), Andreas Fuchs, immer wieder Wahlkampfleiter der SPD Langenargen und ehrenamtlicher Gemeindecarchivar, Archivar der Sozialistischen Bodensee-Internationale und viel gefragt bei Ortsvereinen landauf-landab, wenn es um die Produktion einer Jubiläumschronik geht, sowie Torsten Maas, bei der SPD und früher im Langenargener Jugendhaus „Stellwerk“ engagiert.

**W. Bernhard**

## Leserbrief

### zum Interview mit dem Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler

im Südkurier vom 28. Dezember 2009

#### Drei Anmerkungen zu diesem Interview:

Die Aussage vom Gesundheitsminister Philipp Rösler, dass er "Politik ... für die 70 Millionen Versicherten" mache, klingt im ersten Moment ganz nett, fast sozial. Nur Deutschland hat knapp 82 Millionen Einwohner. Wer sind die rund 12 Millionen Bewohner Deutschlands, für die er keine Gesundheitspolitik macht, wohl kaum die Nichtversicherten, das sind zurzeit ca. 100 000? Oder sind dies alle die, die die Leistungen der privaten Versicherungen genießen und heute schon so gut versorgt sind, dass sich der Bundesgesundheitsminister nicht mehr um sie kümmern muss?

Auf Röslers Schlussfolgerung, dass man bisher mit Spargesetzen versucht habe, die Sozialbeiträge stabil zu halten, kann nur jemand kommen, der Sozialbeiträge mit Lohnnebenkosten gleichsetzt und diese zur Profiterhöhung der Konzerne drücken möchte. Man hat versucht, mit Spargesetzen die unaufhörlich wachsenden Kosten in den Griff zu bekommen, beispielsweise die Kosten für Medikamente, die Jahr für Jahr steigen, auch wenn viele Medikamente darunter sind, die in Nachbarländern zu wesentlich niedrigeren Preisen verkauft werden.

Weiter behauptet Rösler, dass "der Chef ... nicht in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlt, weil er im Regelfall, wenn sein Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze liegt, in der privaten Krankenversicherung ist", was schlicht Unsinn ist. Mein Einkommen lag in den letzten 25 Jahren meines Arbeitslebens weit über der Versicherungspflichtgrenze. Als Vater von vier Kindern wäre ich mit dem Klammerbeutel gepudert gewesen, hätte ich mich privat versichert. Seit die Kinder aus dem Haus sind, hätte ich mich privat versichern, die Rechte eines Privatpatienten nutzen, ein paar Euro im Monat sparen und wegen der Aufgabe der Solidarität mit meinen Mitversicherten nicht mehr in den Spiegel schauen können.

29.12.2009

**Dietram Hoffmann**

## Regierungspräsident antwortet Zeller

Auf sein Schreiben an den Regierungspräsidenten in Tübingen, Hermann Strampfer, hat der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, nun zum Stand des Uferwegs vor dem mtu-Werk II in Manzell eine Antwort erhalten, „die Mut macht“, so Zeller.

Das Land plane derzeit in diesem Bereich des von der Bevölkerung und der Politik lang ersehnten Uferwegs eine Renaturierungsmaßnahme. Beides Uferweg und Renaturierung könnten laut Zeller sinnvoll zusammengeführt werden. Stadt und Landratsamt unterstützen diesen Uferweg, hatte Zeller an Strampfer geschrieben und ihn um Unterstützung von Seiten des Regierungspräsidiums für eine schnelle Lösung gebeten. Wie nun aus der Antwort Strampfers hervorgeht, hält auch das Regierungspräsidium eine Kombination von Renaturierung und Uferweg für richtig. Am 2. Februar soll bereits ein Gespräch mit Oberbürgermeister Andreas Brand sowie Landrat Wölflle und Frau Regierungspräsidentin Puchan dazu stattfinden. „Ich versichere Ihnen, dass das Regierungspräsidium Tübingen alles daran setzen wird, gemeinsam mit den vor Ort Handelnden eine tragfähige Lösung zu finden, die dann auch zügig umgesetzt werden kann“, formulierte Hermann Strampfer an Norbert Zeller.

11.01.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

### **E-learning in der Schule:**

**Zeller:**

#### **Wie steht das Land dazu?**

Über so genannte „Internetbasierte Lernplattformen“ oder auch e-learning, also Lernen am Computer, erfragten Norbert Zeller und die SPD-Landtagsfraktion beim Kultusministerium den derzeitigen Stand an den Schulen im Land. Da Friedrichshafen als T-City-Stadt zu den in Sachen e-learning im Land in einer besonderen Rolle als Vorreiter stehe, wollte der Abgeordnete der Bodenseeregion und Bildungsexperte seiner Fraktion wissen, ob das Land eine Landeslizenz für die von T-System entwickelte Lernplattform „Edunex“ erwerben will und welche Kosten dann für das Land, die Schulträger und Schulen entstehen würden.

Die Antwort des Kultusministers dazu: „Derzeit steht diese Frage nicht zur Entscheidung an“. Eingeräumt wird allerdings, dass internetbasierte Lernplattformen und online-gestütztes Lehren und Lernen neue Perspektiven für Schule und Unterricht eröffneten, so Rau. E-learning unterstütze die Vermittlung personaler, sozialer, methodischer und fachlicher Kompetenzen eben durch die Eröffnung zusätzlicher und erweiterter Lern- und Lehrmöglichkeiten. Die Medienkompetenz werde gestärkt und innovative Unterrichtsformen ermöglicht, erklärt das Kultusministerium. Selbstlernprozesse der Schüler orientierten sich bei e-learning stärker an individuellen Bedürfnissen und damit werde ein schülerorientierter und individualisierter Unterricht leichter möglich. Klar sei, dass e-learning konsequent umgesetzt die Schule verändere, auch als Organisation. „Im Rahmen der Schulentwicklung bieten Lernplattformen Möglichkeiten der Öffnung von Schule, der Einbeziehung der Eltern und

die Erschließung außerschulischer Lernorte“, so wörtlich aus dem Kultusministerium. Grundsätzlich vereinfachten online-gestützte Lehr- und Lernangebote die Bereitstellung der erforderlichen Werkzeuge und Inhalte für die Schüler, meint man im Kultusministerium. Es sei aber noch nicht abzusehen, wieweit dies in Zukunft zu einer Reduzierung des Betreuungs- und Wartungsaufwands in der Schule selbst führen werde. Bei der Frage der Weiterbildung der Lehrer in Sachen e-learning verwies das Kultusministerium auf zahlreiche laufende Fortbildungsmaßnahmen. Die flächendeckend verfügbare Medienberatung der Stadt- und Kreismedienzentren unterstützen aber bisher hauptsächlich noch die Lehrkräfte bei der Integration von Lernplattformen in ihren Unterricht, so das Land. Norbert Zeller ist als Abgeordneter der T-City-Stadt Friedrichshafen durchaus für die verstärkte Nutzung von e-learning, macht aber deutlich, dass dieses nicht den Einsatz persönlich vermittelten Lehrens ersetzen kann, sondern als sinnvolle Ergänzung zum Einsatz kommen muss.

Antrag der SPD-Landtagsfraktion 14/5540

Antwort ist noch nicht eingestellt unter

[www.landtag-bw.de](http://www.landtag-bw.de)

14.01.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

### **Aufgelesen**

„Liabr zeh Minute g'schämt als deuer g'schenkt“, spottete ein schwäbischer Professor zum vergessenen Gastgeschenk

Aus:

EUROPA-Aktuell Nr.1/2010

**Norbert Zeller für den Bodenseekreis:**

### **Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem führt zu Verlust von Hauptschulstandorten**

Norbert Zeller, Bildungsexperte der SPD-Landtagsfraktion und Abgeordneter der Bodenseeregion wertet das am 13. Januar 2010 von Prof. Tino Bargel von der Universität Konstanz präsentierte Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg als eine schallende Ohrfeige für Kultusminister Rau. Einmal mehr zeige eine wissenschaftliche Studie auf, dass das krampfhaft Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem das Ende der wohnortnahen Schulversorgung zur Folge habe und zudem sehr teuer sei, sagte Zeller. Das gelte gerade auch für den Bodenseekreis.

Die Studie weise nach, dass bei einer Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems viele Kommunen ihren weiterführenden Schulstandort verlieren würden bzw. keinen eigenständigen Schulstandort mehr hätten. Im Bodenseekreis wurden bereits die Schulstandorte der Hauptschulen in Uhdlingen-Mühlhofen



und Immenstaad aufgegeben. Die HS Fischbach und Ailingen sind bald keine selbständigen Schulen mehr. In Langenargen läuft demnächst ein Bürgerentscheid für die Erhaltung des Schulstandortes, dessen Ausgang offen ist. Bis zum Jahr 2020 müsse mit einem Verlust von 9 Hauptschulstandorten im Bodenseekreis laut der Studie gerechnet werden.

Dabei sind die Werkrealschule-Pläne der Landesregierung bereits berücksichtigt. „Das zeigt, dass die von der CDU/FDP-Landesregierung eingeführte Werkrealschule zu einer Konzentration von Schulstandorten führt und damit das Aus für die wohnortnahe Schule bedeutet“, so Norbert Zeller. Landesweit hätten nur noch ein Drittel der Gemeinden einen weiterführenden Schulstandort.

Demgegenüber könnte mit Schulmodellen, die Kinder länger gemeinsam lernen lassen, eine deutlich bessere Schulversorgung erreicht werden, erklärt der SPD-Bildungspolitiker. Bei Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, die alle Bildungsgänge und Abschlüsse anbieten, könnten gut zwei Drittel aller Gemeinden in Baden-Württemberg Schulstandort sein. „Gerade für den ländlichen Raum bietet das die große Chance, die Schule im Dorf zu belassen“, erklärt Zeller. Mit der Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen könnten immerhin noch in der Hälfte aller 1.100 Gemeinden im Land Schulen bestehen bleiben und damit immer noch deutlich mehr als im dreigliedrigen System.

Mit Schulkonzepten, die Kinder länger gemeinsam lernen lassen, seien auch eine deutlich bessere und effizientere Schulversorgung sowie bessere Bildungschancen für alle Kinder zu erreichen, meint Zeller. Kultusminister Rau müsse deshalb endlich seine ideologische Sichtweise gegenüber innovativen und pragmatischen Schulkonzepten aufgeben. „Rau darf nicht länger mit veralteten Rezepten auf den Rückgang der Schülerzahlen sowie das veränderte Schulwahlverhalten der Eltern reagieren.“ Und: „Innovative Schulkonzepte, die von allen Beteiligten vor Ort gewünscht werden, müssen endlich genehmigt werden“, fordert Zeller. Meersburg hatte einen solchen Antrag gestellt, dieser wurde aber vom Kultusministerium abgewiesen, bedauert Zeller.

**Am 25. Januar werden die Einzelheiten der Studie für den Bodenseekreis und den Kreis Ravensburg am 17 Uhr in der „Linse“ in Weingarten der Öffentlichkeit vorgestellt.**

18.01.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

## Freie Schulen

### Zeller beteiligt sich an Demo

Norbert Zeller, Bildungspolitiker und Abgeordneter der Bodenseeregion, beteiligte sich an der Demonstration der Freien Schulen gestern in Stuttgart. Rund 15 000 Schüler, Eltern und Lehrer sind an diesem Dienstag gegen die Förderpolitik des Landes durch Stuttgart gezogen. Da Norbert Zeller auch in seinem Wahlkreis im Bodenseekreis und im Kreis Ravensburg von Privatschulen wie der Bodenseeschule und der Realschule St. Elisabeth in Friedrichshafen und den Waldorfschulen in Überlingen und im Kreis Ravensburg aufgefordert worden war, ihre Forderungen an die Politik im Land zu unterstützen, nahm Zeller auch für die Region an der Landesdemo teil.



Er kennt die Forderungen der freien Schulen aus Gesprächen mit den Schulleitern in der Region aus nächster Nähe. „Die CDU/FDP-Regierung bricht ihr Versprechen, die Zuschüsse bis 2011 auf 80 Prozent der Kosten eines staatlichen Schülers stufenweise anzuheben. Stattdessen lasse das Land die Freien Schulen ausbluten“, wirft Zeller der Landesregierung vor.

Derzeit würden im Schnitt lediglich 70,5 Prozent der Kosten gedeckt. Wenn die Zuschüsse weiter sanken, drohe einigen freien Schulen das Aus, so die Argumentation der Freien Schulen, die Zeller nachvollziehen kann. Zu den privaten Schulen gehören katholische, evangelische und Waldorfschulen. Im vergangenen Schuljahr besuchten im Land etwa 135 000 Schüler eine freie Schule, während im öffentlichen Bereich 1,54 Millionen Kinder und Jugendliche die Schulbank drückten.

Die SPD-Fraktion und mit ihr Norbert Zeller beklagen, dass die freien Schulen mehrfach finanziell benachteiligt sind. Das Argument der schwarz-gelben Koalition, der Haushalt mache zusätzliche große Investitionen unmöglich, könne nicht gelten, da mit jedem Schüler auf einer Freien Schule das Land Geld spare. Denn die privaten Schulen müssten die finan-

zielle Lücke mit Hilfe von Schulgeld oder Sponsoren selbst schließen.

Die steigende Zahl der Privatschulen zeigt aus Sicht der SPD, dass das öffentliche Schulwesen nicht mehr wettbewerbsfähig ist. So böten viele freie Grundschulen im Gegensatz zum öffentlichen Sektor eine echte Ganztagsbetreuung an, sagte Zeller. Auch gebe es schon viele private sozialwissenschaftliche Gymnasien, weil das Land den Bedarf noch nicht decken könne, auch wenn nun dank seiner Mithilfe in Friedrichshafen ein solcher Zug an der Droste-Hülshoff-Schule eingerichtet werden kann.

19.01.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

### Auch in der Bodenseeregion

#### Zeller:

## Mehr Unterrichtsausfall

Nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion und mit ihrem Bildungspolitiker Norbert Zeller nimmt der Unterrichtsausfall an den allgemein bildenden Schulen des Landes und auch in der Bodenseeregion drastisch zu. „Die beschönigenden Worte des Kultusministers können nicht darüber hinwegtäuschen, dass angesichts des drastischen Anstieges des Unterrichtsausfalls von der so genannten Qualitätsoffensive Bildung der Landesregierung bei den Schulen fast nichts ankommt“, meint Zeller, der auch Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg ist. An den Gymnasien, Hauptschulen und Realschulen habe sich die Unterrichtsversorgung im Vergleich zur letzten Erhebung vom November 2008 deutlich verschlechtert.

Insgesamt fielen, hochgerechnet auf das ganze Schuljahr an den öffentlichen allgemein bildenden Schulen des Landes (ohne berufliche Schulen), über 1,6 Millionen Unterrichtsstunden aus. Im vergangenen Jahr waren es rund 1,4 Millionen. Besonders betroffen sind die Gymnasien mit 5,5 Prozent Unterrichtsausfall. Im Durchschnitt fallen damit pro Gymnasium 1755 Stunden pro Jahr (2008: 1400) aus. „Das kann angesichts der Probleme mit dem G 8 nicht länger hingenommen werden“, sagte Mentrup. Die Realschulen haben einen prozentualen Unterrichtsausfall von 3,8 Prozent zu verzeichnen. Im Durchschnitt bedeutet das umgerechnet 1005 Stunden pro Schule und Schuljahr (2008: 816). Bei den Hauptschulen (3,0 Prozent) liegt diese Zahl bei 264 Stunden (2008: 211). Die Förderschulen (1,4 Prozent) liegen bei 117 Unterrichtsstunden pro Schule und Schuljahr (2008: 213). Selbst die Grundschulen (1,1 Prozent) müssen noch einen Unterrichtsausfall von 81 Stunden pro Schule und Schuljahr hinnehmen (2008: 68).

Der drastische Unterrichtsausfall geht zu Lasten der Bildungschancen der jungen Menschen“, sagte Zeller. Solange die Landesregierung diesen Missstand nicht anpacke, bleibe die Bildungspolitik im Land eine große Baustelle.

Büro Norbert Zeller, MdL

## Termine:

**28.01.2010**

**Jusos Bodenseekreis:**

**Spendenübergabe in Goldbach**

**18:00**

**22.02.2010**

**Kreisvorstandssitzung**

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

**14.03.2010**

**Kommunalwahl in Vorarlberg**

**15.03.2010**

**Kreisvorstandssitzung**

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Friedrichshafen

Parteiöffentlich

**24.03.2010**

**Kreisdelegiertenkonferenz**

19.00 Uhr bis 22.00 Uhr

**„Bären“**

**Tettngang**

Parteiöffentlich

**10.05.2010**

**Kreisdelegiertenkonferenz**

**Dorfgemeinschaftshaus Nußdorf**

**Kandidatennominierung zur Landtagswahl 2011**

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



## Kantonale SP-Initiative gegen Pauschalbesteuerung eingereicht

**Heute reichte die SP die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung ein. Mit Hilfe der Gewerkschaften, Grünen, EVP und PdA konnten 6'129 beglaubigte Unterschriften gesammelt und übergeben werden.**

Die SP sieht in den Sonderabkommen mit reichen AusländerInnen eine massive Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit gegenüber schweizerischen SteuerzahlerInnen und Steuerzahlern. Die Sonderregelungen fördern die Steuerflucht und untergraben die Steuermoral. Nicht nur im Ausland wird die Schweiz deswegen heftig kritisiert, auch in der Schweiz werden die kritischen Stimmen immer lauter.

Für die SP St.Gallen ist mit der Einreichung der kantonalen Initiative ein Etappenziel erreicht. Nachdem die Zürcher Stimmberechtigten letztes Jahr eine Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer gegen die Empfehlung von Kantons- und Regierungsrat annahmen und in der Zwischenzeit auch im Kanton Thurgau eine solche Initiative lanciert wurde, kann durch die Annahme der SP Initiative weiterer Druck aufgebaut werden, um eine schweizweite Abschaffung zu erreichen.

**Auskünfte:**  
o Claudia Friedl, Parteipräsidentin  
o Peter Hartmann, Kantonsrat  
St.Gallen, 8. Januar 2010 Ariana Krizko | SP St.Gallen

### „Jetzt rächt sich die bürgerliche Steuergeschenk-Politik!“

**Während die bürgerliche Mehrheit im  
Kantonsrat in den letzten Jahren Steuer**



**geschenke für Unternehmen und Reiche gemacht hat, sollen die normalen Steuerzahler nun die Zeche dafür zahlen. Die SP wird die kommenden Sparprogramme nicht kampflos hinnehmen.**

Auf den Kanton kommen finanziell „harte Zeiten“ zu, so hat die Regierung heute bei der Vorstellung des Aufgaben- und Finanzplanes orientiert. Was die SP des Kantons St.Gallen bereits in der Budgetdebatte im vergangenen Dezember prognostiziert hat, bewahrheitet sich nun: Der Kanton hat ein Einnahmenproblem aufgrund von Steuergeschenken und Steuersenkungen, mit der Folge, dass jetzt massive Einsparungen geplant werden. Mit einer Verzichtsplannung für die Jahre 2012 und 2013 im Umfang von je 180 Millionen Franken will die Regierung nun Massnahmen gegen dieses selbstverschuldete strukturelle Defizit einleiten.

Aus Sicht der SP werden diese Sparmassnahmen die Bevölkerung des Kantons St.Gallen in besonderem Masse treffen. „Doch die fehlenden Einnahmen sind nicht allein auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen“, so SP-Parteipräsidentin und Kantonsrätin Claudia Friedl. „Die Steuergeschenke der bürgerlichen Parteien für Reiche und Unternehmen haben dieses Schlammassel mitverschuldet, welches jetzt die einfachen SteuerzahlerInnen mit einem Leistungsabbau berappen müssen.“

„Die Steuerentlastungen im Rahmen der jüngsten Nachträge zum Steuergesetz, werden ab 2010 zu Steuerausfällen von bis zu 150 Millionen Franken führen“, rechnet Peter Hartmann, SP-Kantonsrat. Für die SP ist klar: Jetzt rächt sich die bürgerliche Steuergeschenk-Politik! Die SP wird sich dafür einsetzen, dass für diese missratene Politik nicht die Bürgerinnen und Bürger den Kopf hinhalten müssen.

St.Gallen, 8. Januar 2010

**Weitere Auskünfte**

o Claudia Friedl, Parteipräsidentin  
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



## Kölliker will Spitäler schliessen!

Regierungsrat Kölliker will im Kanton St.Gallen trotz angespannter Finanzlage die Steuern weiter senken und Spitäler schliessen. Die SP fragt sich, ob der SVP-Regierungsrat nicht genügend darüber informiert ist, was die Regierung beschliesst.

Wie man einem Bericht der Wiler Zeitung von heute entnehmen kann, hat SVP-Regierungsrat Kölliker Sparpotential im Kanton St.Gallen ausgemacht: Er möchte Spitäler schliessen! Entgegen der Meinung der Gesamtregierung, die am vergangenen Freitag als mögliche Korrekturmassnahme gegen sinkende Einnahmen auch eine Steuererhöhung prüfen möchte, verlangt Regierungsrat Kölliker gleichentags neue Steuersenkungen! Anscheinend hält der SVP-Mann nicht viel vom Kollegialitätsprinzip oder er wusste nicht, was die Gesamtregierung am Freitagmorgen kommuniziert hat.

### Kostengünstige Spitäler

Nach zwei Jahren in der kantonalen Regierung sollte es der SVP-Mann besser wissen. Die Regierung stellte unlängst in einer Medienmitteilung fest: „Die Argumentation, die Spitäler seien die schwarzen Schafe, greift in unserem Kanton zu kurz.“ Denn die St. Galler Spitäler arbeiten vergleichsweise kostengünstig. Bereits wurden vier Kliniken für Gynäkologie und Geburtshilfe geschlossen und weitere Doppelspurigkeiten abgebaut.

Die SP unterstützt die Spitalstrategie der Regierung, welche neben einem Zentrumsspital, regionale Spitäler mit einem beschränkten Leistungsangebot vorsieht. „Die St.Galler Bevölkerung hat sich mehrfach klar für den Erhalt ihrer regionalen Spitäler ausgesprochen. Diese Willenbekundung gilt es zu respektieren“, so SP-Parteipräsidentin Claudia Friedl.

### Einheitskasse prüfen

Handlungsbedarf und Sparpotential sieht die SP hingegen bei den Billigkrankenkassen, welche durch den verstärkten Wettbewerb die Gesundheitskosten in die Höhe treiben. Die SP unterstützt die Idee einer Ostschweizer Einheitskrankenkasse, wie sie die Ostschweizer Gesundheitsdirektoren prüfen wollen.

### Weitere Auskünfte

o Claudia Friedl, Parteipräsidentin  
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



## SPÖ-Integrationspapier mit fünf konkreten Forderungen

Vorschläge werden nächste Woche im Landtag eingebracht

Bei ihrer heutigen Pressekonferenz stellten SPÖ-Landesparteivorsitzender Michael Ritsch und Integrations Sprecherin Gabi Sprickler-Falschlunger das kürzlich vom erweiterten Landespartei Vorstand beschlossene Integrationspapier vor. Zentraler Schwerpunkt stellt dabei die Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr im Kindergarten dar. Darauf abgestimmt soll dann der weitere Bildungsweg bis zum Pflichtschuleintritt gestaltet werden. Perfektes Deutsch sei, so Sprickler-Falschlunger, die Grundlage für einen positiven Bildungs- und Berufsweg. Denn Vorarlberg ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen.

Ritsch und Sprickler-Falschlunger schlagen daher vor, dass bereits im Kindergarten auf den Spracherwerb höchsten Wert gelegt wird. Sollten die Sprachkenntnisse nicht ausreichen, ist der Besuch der Vorschule verpflichtend. Die Vorschule gehöre daher „personell und strukturell massiv aufgewertet“, so Sprickler-Falschlunger. Für sie ist unter anderem die Einbindung der Migrantenvereine als Kooperationspartner ein wichtiger Erfolgsfaktor um dem Ziel, der Beherrschung der deutschen Sprache vor Pflichtschuleintritt, näher zu kommen. SPÖ-Chef Ritsch forderte seinerseits einmal mehr die Institutionalisierung der Einzugsbegleitung und die Stärkung der Sozialarbeit, um das Zusammenleben in den Wohnsiedlungen zu verbessern.

Er kündigte an, diese Forderungen nächste Woche als Antrag in den Landtag zu bringen. „Die FPÖ hat seit der Wahl keine Initiativen zur Verbesserung der Integration gesetzt“, kritisiert Ritsch. Mit der Zustimmung zum SPÖ-Antrag können sich ÖVP und FPÖ deklarieren.

Das SPÖ-Positionspapier Integration finden Sie [hier](#) als Download.

SPÖ-Express, 15.01.2010

## SPÖ stellt Positionspapier betreffend Integration vor

MigrantInnen müssen gefördert und gefordert werden

Die ursprüngliche Gesinnung der früheren „Gastarbeiter“ – nur für eine kurze Zeit in diesem Land zu leben und zu arbeiten, um dann wieder in die alte

Heimat zurückzukehren – galt ab dem Zeitpunkt nicht mehr, als zunehmend Angehörige kamen. Diese Zuwanderung der vorwiegend türkischen Staatsangehörigen und Bewohnern des ehemaligen Jugoslawien brachte diesem Land jedoch nicht nur deren Arbeitskraft mit, sondern auch all die gesellschaftlichen Bedürfnisse, die Familien, Kinder, Jugendliche und nicht zuletzt auch alte Menschen mit migrantischer Herkunft haben.

Diese geänderten Tatsachen für das soziale und gesellschaftliche Leben, und die daraus resultierenden Konflikte, haben sich über die Jahre abgezeichnet. Aus diesem Grund ist es höchst an der Zeit, sich intensiv mit dem Thema Integration auseinanderzusetzen.

Für SPÖ-Integrations Sprecherin Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger ist eine gelingende Integration von grundlegender Bedeutung für den sozialen Frieden hier in Vorarlberg: „Eine aktive Integrationspolitik beinhaltet alle gesellschaftlichen Bereiche – vom Arbeiten bis zum Wohnen, von der Bildung bis zur Gesundheit. Wesentlich ist dabei jedoch, dass menschliche Potentiale und der Integrationswille der Zugewanderten gefördert werden, gleichzeitig aber die Bereitschaft der MigrantInnen zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Vorarlberg eingefordert wird.“

Mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von 13 Prozent liegt Vorarlberg hinter Wien (16 Prozent) an zweiter Stelle im Bundesländervergleich. Von diesem Bevölkerungsanteil sind wiederum rund 27 Prozent Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 0 und 14 Jahren. Darauf folgt ein großer Auftrag an die Politik, in Bildung und Ausbildung dieser Kinder und Jugendlichen zu investieren, denn diese Menschen werden in ein paar Jahren im aktiven Arbeitsprozess stehen und somit ihren Beitrag für die gesamte Bevölkerung Vorarlbergs leisten. Chancengleichheit in Bildung und Beruf sind unabdingbare sozialdemokratische Grundpositionen. Wesentliche Eckpunkte sind dabei das bestmögliche Erlernen der deutschen Sprache vor Eintritt in die Schule, sowie die Einführung der Ganztagschule.

Besondere Maßnahmen bedarf es des Weiteren auch bei der jetzigen, oft konfliktbehafteten Wohnsituation. Eine stärkere Durchmischung ist nämlich nur schwer möglich, weil mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Wohnungswerber auftreten und die Kriterien (z.B. niedriges Familieneinkommen) für die Zuweisung einer solchen Wohnung erfüllen.

Auch im Bereich Sozial- und Jugendpolitik sind alle Beteiligten gefordert. „Es treten immer wieder Konflikte mit männlichen türkischstämmigen Jugendlichen auf. Da es sich hier oftmals um junge Menschen ohne Perspektive handelt, muss wesentlich im Bil-

dungs- und Ausbildungsbereich sowie in der Freizeitpolitik angesetzt werden“, erklärt die Integrations-Sprecherin der SPÖ.

SPÖ-Express, 15.01.2010

## **SPÖ-Frauenchefin Pircher kritisiert Innenministerin nach Internierungsvorschlag**

„Fekter von allen guten Geistern verlassen“

Nach dem absurden Vorschlag Flüchtlinge, darunter viele Frauen und Kinder, während des Erstaufnahmeverfahrens zu internieren, muss sich Innenministerin Fekter die Frage gefallen lassen, ob ihr Herz und ihr Hirn noch am richtigen Platz sind, so SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher. Die SPÖ-Landesfrauen lehnen ihr Ansinnen entschieden ab. Solche Ideen schaden dem ansonst guten Renommee Österreichs.

Wegsperrern löst nicht annähernd die wirklichen Probleme. Fekter muss sich um die Beschleunigung der Verfahren sorgen, statt Menschen, die nichts angestellt haben und keine Verbrecher sind, einzusperren. Diese Aufgabe liege in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Der von ihr gemachte Vorschlag zeugt von einer unglaublichen Eiseskälte. Da wirken die derzeitigen Temperaturen in Europa geradezu sommerlich, so Pircher abschließend.

SPÖ-Express, 15.01.2010

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

**„Generation global –  
jetzt bewerben!“**

***MdB Martin Gerster wirbt für Jugendmedienworkshop des Bundestags***

BERLIN/BIBERACH – Unter dem Motto „Generation Global“ lädt der Deutsche Bundestag 40 junge Journalistinnen und Journalisten zum diesjährigen Jugendmedienworkshop nach Berlin ein. „Einheit. Nachhaltigkeit. Krise - Unsere Themen, unsere Perspektiven“ – so der Titel. „Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fragen: Wer sind die Gewinner und wer die Verlierer der Globalisierung? Was sind die wichtigsten Folgen von Trennung und Wiedervereinigung für den deutschen Staat und die Gesellschaft? Was sind die Folgen der Finanzkrise für Jugendliche?“, wirbt der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete

Martin Gerster für das Projekt. „Kurz gefasst: Generation global – jetzt bewerben!“ Der Workshop für junge Medienmacher zwischen 16 und 20 Jahren findet zwischen 14. und 19. März im Deutschen Bundestag in Berlin statt. Nähere Informationen zum Bewerbungsverfahren können im Internet abgerufen werden unter <http://bundestag.jugendpresse.de>. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2010.

Während des einwöchigen Jugendmedienworkshops werden die Jugendlichen hinter die Kulissen der Berliner Mediendemokratie blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Politikerinnen und Politikern aller Parteien und besuchen Plenarsitzungen im Bundestag. „Ich hoffe, dass sich viele junge Medienmacher und Schülerzeitungsredakteure auch wieder aus der Region für den Workshop bewerben“, hofft Gerster auf reges Interesse. „Der Jugendmedienworkshop ist eine großartige Chance, Journalismus in großem Stil und hautnah zu erleben.“

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall gebe es eine Generation, die Deutschland aus einer neuen Perspektive sehe: „Die Jugendlichen von heute kennen nur eine vereinte Bundesrepublik in einem immer stärker zusammenwachsenden Europa. Ein Deutschland in einer globalen Welt, das durch globale Themen bestimmt wird“, so Gerster.

Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages hatte Martin Gersters Fraktionskollegin Susanne Kastner den Jugendmedienworkshop im Jahr 2003 initiiert. „Ich freue mich, dass der Jugendmedienworkshop zu einer guten Tradition geworden ist und auch in diesem Jahr fortgesetzt wird“, so Susanne Kastner. Der Deutsche Bundestag, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Jugendpresse Deutschland veranstalten bereits zum siebten Mal den Jugendmedienworkshop im Parlament.

**Biberach, den 14. Januar 2010**

**Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

## **Kritik an Bahn und Bundesregierung**

**MdB Gerster:**

### **„Ausbau der Südbahn muss kommen“**

BERLIN/BIBERACH – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster übt harsche Kritik an Plänen der Deutschen Bahn und der Bundesregierung, den Ausbau der Südbahn zu verschieben. „Wir können niemals hinnehmen, dass der Spatenstich frühestens 2025 erfolgen soll“, so Gerster. Er fordert CDU/CSU und FDP auf, lieber auf Steuersenkungen zu verzichten, als den zügigen Baubeginn für die Bahnstrecke Ulm – Biberach – Friedrichshafen –

Lindau zu gefährden. Notfalls müsse die Region massiven Widerstand gegen die Pläne organisieren.

Für den 38-jährigen SPD-Abgeordneten hängt von einem schnellen Ausbau der Südbahn die weitere Entwicklung von ganz Oberschwaben ab. „Wenn der Ausbau nicht so schnell kommt, ist das ein herber Schlag für unsere Unternehmen, aber auch für die Zukunft der Arbeitsplätze in unserer Region“, so Gerster. „Ich fürchte, wir werden abgehängt.“ Für ihn habe eine gute Verkehrsanbindung Oberschwabens eine enorm hohe Priorität. Deshalb habe er in Zeiten der großen Koalition dafür gekämpft, dass die Südbahn in den Investitionsrahmenplan des Bundes gekommen sei und jetzt schnell realisiert werden könne.

Die Pläne der Bahn, aufgrund fehlender Finanzmittel des Bundes die Südbahn erst nach 2025 auszubauen, zeigen laut Gerster, wie verfehlt die aktuelle Steuerpolitik der Bundesregierung ist. Noch vor wenigen Wochen hätten Union und FDP betont, dass Steuersenkungen für Hotelübernachtungen und andere besonders wohlhabende Grüppchen keine Auswirkungen auf wichtige gesellschaftliche Zukunftsprojekte hätten – jetzt zeige sich, dass das Gegenteil der Fall sei. Viel intelligenter als Steuersenkungen für Privilegierte zu beschließen, sei es, die vorhandenen Steuermittel für Bildung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen.

**Biberach, den 18.1.2010**

**Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

## **Ausbau der Südbahn**

### **MdB Gerster schreibt Minister Ramsauer**

BERLIN – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster fordert in einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), am Zeitplan für den Ausbau der Südbahn festzuhalten. Keineswegs dürfe das Ministerium einer geplanten Verschiebung des Baubeginns auf den Sankt-Nimmerleinstag zustimmen, so Gerster. In seinem offiziellen Schreiben als Abgeordneter des Wahlkreises Biberach verlangt der 38-Jährige vom Minister Auskunft über die in Medienberichten angesprochene Streichliste für Schieneninvestitionen und das weitere Vorgehen der Bundesregierung zur Realisierung des geplanten Südbahnausbaus. Abschließend appelliert Gerster an den Minister, alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Ausbau der Strecke plangemäß Wirklichkeit werden zu lassen: „Oberschwaben braucht die Südbahn und die Menschen verlassen sich darauf, dass der Baubeginn sich nicht verzögert.“

**19.01.2010 Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro BC**

**Hier der Inhalt des Briefes:**

## Medienberichte über geplante Streichung des Südbahn-Ausbaus

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wie ich der Ausgabe der Stuttgarter Zeitung vom 18. Januar entnehme, plant die Deutsche Bahn AG (DB) aufgrund der aktuellen finanziellen Situation in Absprache mit Ihrem Ministerium die Streichung einer ganzen Reihe wichtiger Verkehrsprojekte. Der Ausbau der Strecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau soll demnach erst 2025 oder später erfolgen. Für die gesamte Region Oberschwaben-Allgäu-Bodensee ist dieses Verkehrsprojekt von immenser Bedeutung. Da mir bislang noch keine öffentliche Bestätigung der zur Disposition stehenden Projekte bekannt ist, bitte ich Sie darum, mir die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist es zutreffend, dass nach Ansicht der DB für den Ausbau der Strecke Ulm-Friedrichshafen Lindau („Südbahn“) bis 2025 keine Realisierungschance besteht und teilt Ihr Haus diese Einschätzung?
2. Nach welchen Kriterien wurde die Liste der zur Disposition stehenden Projekte erstellt und auf welcher Grundlage fiel die Entscheidung, speziell den Ausbau der Südbahn nicht weiterzuverfolgen?
3. Welche Möglichkeiten bestehen, die nach meiner Ansicht dringend notwendigen Investitionen in den Ausbau dieser Schienenverbindung doch noch zu realisieren?
4. Warum ist es unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoller, von Regierungsseite von vollzogenen oder noch geplanten Steuersenkungen abzusehen und stattdessen notwendige Investitionen in die regionale Verkehrsinfrastruktur unseres Landes zu sichern?
5. In welchem Jahr wird Ihrer Meinung nach der Spatenstich für den Ausbau der Südbahn erfolgen und bis wann dürfte Ihrer Einschätzung nach das Ausbauprojekt abgeschlossen sein?

Sofern die von mir zitierten Medienberichte den Tatsachen entsprechen, ersuche ich Sie dringlichst, von den geplanten Streichungen Abstand zu nehmen und stattdessen alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Ausbau der Strecke plangemäß Wirklichkeit werden zu lassen. Oberschwaben braucht die Südbahn und die Menschen verlassen sich darauf, dass der Baubeginn sich nicht verzögert.

Mit freundlichen Grüßen

gez. **Martin Gerster**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## SPD Kreisverband Ravensburg

### Otto Ziegler ist der neue Kreisvorsitzende

**WOLFEGG - Geprägt von Neuwahlen ist der SPD- Kreisparteitag am Samstag in Wolfegg gewesen. Nach 13 Jahren als amtierender Vorsitzender stellte sich Rudolf Bindig nicht mehr zur Wiederwahl.**

**Zum neuen Kreisvorsitzenden wählten die Delegierten mit großer Mehrheit den 15-jährigen SPD- Ortsvorsitzenden Otto Ziegler.**



Foto: Schwäbische Zeitung

Bereits seit 2005, dem Ende seiner Zeit als Abgeordneter im Bundestag, wollte Rudolf Bindig sein Amt als Kreisvorsitzender niederlegen, ließ sich dann aber doch noch zweimal zu einer weiteren Amtszeit überreden. Jetzt aber setzte Bindig den endgültigen Schlussstrich, überhäuft von Dauerapplaus und Dankesworten. Bindig hatte nach einem Wechsel in schneller Folge mehrerer Kreisvorsitzender 1996 das Ruder übernommen und das SPD- Kreisschiff durch Höhen und Tiefen gesteuert. Der von ihm initiierte SPD- Martini genießt immer noch ein hohes Ansehen.

„Ich hatte damals eine Findekommission eingerichtet, und die haben mich gefunden“, erinnerte sich Bindig schmunzelnd. Zuvor gab Bindig seinen letzten Rückblick auf die Aktivitäten der vergangenen zwei Jahre - mit einer Vielzahl von Themen und Referenten, wobei die Wahlvorbereitung im Superwahljahr großen Raum eingenommen hat. Bindig dankte in diesem Zusammenhang Anne Jenter für ihren engagierten Wahlkampf, mit dem sie ein respektables Ergebnis eingefahren habe.

Als extrem schwierig schilderte Bindig die Aktivierung von SPD- Kandidaten für Kommunal- und Kreistagswahl in den so genannten „weißen Flecken“ im Landkreis, im Raum Bad Wurzach und der Region um Vogt, Waldburg und Grünkraut. „Schweres Wasser“ gäbe es auch in der Region Altshausen und



Leutkirch. Nach dem niederschmetternden Wahlergebnis sei die SPD nur noch viertstärkste Kraft im Land, bedauerte Bindig.

Eindringlich appellierte er an die Genossen, sich neu aufzustellen und bereit zu sein, Verantwortung zu übernehmen. Er gehe nicht im Groll, sondern mit Erleichterung und werde sich jetzt verstärkt anderen Aufgaben widmen. So seinem Kreistagsmandat. Als Forderungen gab er dem Kreisverband mit auf den Weg, die verlorene Glaubwürdigkeit zurückzuholen, den sozialen Bereich wieder stärker in den Fokus zu rücken. Er unterstütze die landes- und bundesweiten Bestrebungen um einen inhaltlichen Neuanfang unter stärkerer Einbeziehung der Mitglieder. Mit Befriedigung blickte Bindig auf die in der Zukunftswerkstatt inhaltlich formulierten Positionen, die von ihm persönlich zu einem großen Teil bereits seit längerem vertreten würden.

Nach dem Wahldesaster sucht die SPD im Kreis einen Neuanfang. Bei den anschließenden Neuwahlen stimmten 94 Prozent der Delegierten für Otto Ziegler als neuen SPD- Kreisvorsitzenden. Für den Isnyer Ortsvorsitzenden ist die Bereitschaft von Basis und Führung der Partei, sich auf eine veränderte Diskussionskultur einzulassen, ein Signal, einen Neustart mit neuen Wegen zu wagen. Ihm zufolge sind die in den vier Diskussionsrunden formulierten ersten Schritte eine gute Grundlage für den Kreisvorstand.

Mit starker Kraft traten beim Kreisparteitag die Jusos mit Fabian Börner, Johanna Oswald und Hannes Munzinger auf. Sie mischten kräftig bei den Wahlen mit. Der von ihnen eingebrachte Vorschlag, bei den Kandidaten zur nächsten Wahl nur unter 35- Jährige zu benennen, wurde vom Kreisparteitag schon aus rechtlichen Gründen nicht durchsetzbar abgelehnt. Auch ihrer Forderung, angesichts der guten Kassenlage der Kandidatin Jenter die von ihr persönlich aufgebrauchten Kosten zu erstatten, wurde nicht gefolgt.

Neben Bindig stellte sich auch die stellvertretende Kreisvorsitzende Gisela Müller nach mehr als 20 Jahren in diesem Amt nicht mehr zur Wahl. Für sie rückte Juso Fabian Börner nach. Im Amt bestätigt als Stellvertreter wurde Dr. Michael Hermann, ebenso wie Kassiererin Ingrid Staudacher. Peter Didszun wechselte vom Pressereferenten auf den Posten des Schriftführers. Die Stelle des Pressereferenten blieb unbesetzt. Zu Beisitzern wurden Ruth Mauch, Johanna Oswald, Felix Rückgauer, Peter Beuter und Brigitte Wölk gewählt.

Zum Abschied von Rudolf Bindig extra aus Ulm angereist war die stellvertretende SPD- Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis und spendete dem scheidenden Vorsitzenden hohes Lob. Bindig habe sich nie geschaut, in der Partei

Verantwortung zu übernehmen, bestätigte sie ihm mit kollegialem Respekt. Er habe mit Leidenschaft und Überzeugungskraft Politik gemacht, verlässlich, stets offen im Dialog. „Bindig ist der Fels in der Brandung“, sagte sie unter dem Dauerapplaus der Delegierten.

„Die SPD ist offenbar nicht mehr die Partei der sozialen Gerechtigkeit“, resümierte Hilde Mattheis. Als Herausforderung für die kommenden Jahre stellte sie das Thema Glaubwürdigkeit in den Mittelpunkt. „Glaubwürdigkeit ist schnell verloren, aber schwer wiederzubekommen“, sagte sie. Nach dem desaströsen Wahlergebnis müsse der erste Schritt zur Aufarbeitung die Mitgliederbefragung sein. „Die SPD sollte keine Partei ohne Flügel sein“, postulierte Mattheis. Man brauche eine breite, lebendige Diskussion vor Entscheidungen, die dann gemeinsam auch nach außen vertreten werden.

Als Landesdelegierte gewählt wurden Otto Ziegler, Ingrid Staudacher, Fabian Börner, Felix Rückgauer und Helga Bayha. Rudolf Bindig ist dort in der Kontrollkommission und hat Rederecht.

Als Delegierte zur Sozialistischen Bodensee- Internationale wurden gewählt: Peter Didszun, Albert Enderle, Emil Kaphegyi, Rainer Pscheidl, Angelika Rupp, Siegbert Schlor, Gerhard Land. Ersatz: Pierre Barcon und Herbert Rapp.

Veröffentlicht am 07.12.2009

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Schwäbischen Zeitung

## „Unter dem Abschneiden habe ich gelitten“

(Weingarten/sz) – Nach 13 Jahren hat der SPD-Kreisvorsitzende Rudolf Bindig aus Weingarten sein Amt in die Hände des Isnyer Sozialdemokraten Otto Ziegler gegeben. Bindig gilt als Grandseigneur der SPD im Kreis Ravensburg, saß allein 29 Jahre lang für seine Partei im Bundestag. Über die sozialdemokratische Diaspora Oberschwaben sprach SZ- Redakteurin Annette Vincenz mit dem 69- Jährigen.



„Unter dem Abschneiden habe ich gelitten“

**SZ:** Herr Bindig, nach 13 Jahren als SPD- Vorsitzender im Kreis Ravensburg haben Sie sich aus dem Vorstand zurückgezogen. Warum?

**Rudolf Bindig:** Nach so vielen Jahren „im Geschirr“ ist es gut, wenn nunmehr andere Personen die Hauptarbeit übernehmen. Ich habe schon seit einigen Jahren nach einem Nachfolger Ausschau gehalten. Jetzt hat sich ein guter Nachfolger mit einer leistungsfähigen Mann- und Frauschaft gefunden mit bewährten und vor allem auch einigen ganz jungen Kräften. Ich möchte mich zukünftig mehr der humanitären Hilfsorganisation HELP widmen, deren Vorsitzender ich seit mehr als 20 Jahren bin.

**SZ:** Haben Sie persönlich unter dem schlechten Abschneiden der Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl gelitten, oder hatte das keinen Einfluss auf Ihre Entscheidung?

**Bindig:** Unter dem Abschneiden habe ich schon gelitten; ich halte es auch für vollkommen unverdient. Etliche Bürgerinnen und Bürger, die nicht zur Wahl gegangen sind oder diesmal anders gewählt haben, haben hinterher gesagt, dass sie dies Ergebnis so nicht gewollt hätten. Das macht Hoffnung. Unmittelbaren Einfluss auf meine Entscheidung hat das Wahlergebnis aber nicht gehabt.

**SZ:** Die Wirtschaftskrise ist an der Region nicht spurlos vorübergegangen, auch wenn andere Landstriche stärker betroffen waren. Kurzarbeit, die Schließung der Papierfabrik Stora Enso und andere ungute Entwicklungen hätten die SPD als klassische Arbeiterpartei eigentlich stärken können. Warum ist das nicht geschehen?

**Bindig:** In einigen der genannten Fälle habe ich mich persönlich engagiert, ohne allerdings, wie auch andere Vertreter der Region, etwas erreichen zu können. Ich glaube, dass vielen Arbeitnehmern und Normalbürgern gar nicht bewusst ist, welche wichtigen Schutzleistungen die SPD für sie wahrnimmt. Hoffentlich gehen ihnen wenigstens jetzt die Augen auf, wo die schwarz- gelbe Regierung einseitig Geschenke an bestimmte Zielgruppen verteilt und dies noch auf Pump.

**SZ:** Wäre es - - rückblickend - - nicht besser gewesen, einen Kandidaten von hier aufzustellen statt einer Gewerkschafterin aus Frankfurt, die bis dahin so gut wie niemand in Oberschwaben kannte?

**Bindig:** Da für uns in der Region das Direktmandat kaum erzielbar ist, müssen wir Kandidaten für den Bundestag aufstellen, die auch in der Landespartei bekannt sind, damit sie eine Chance für einen guten Platz auf der Landesliste haben. Leider hat es diesmal trotzdem nicht geklappt. Anne Jenter, die aus Baden-Württemberg stammt und hier jahrzehntelang gear-

beitet hat, hat einen engagierten Wahlkampf geführt und sogar 2561 mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten. Bei der vorhergehenden Wahl hatten wir einen geborenen Ravensburger, der auch ein ähnliches Ergebnis erzielt hatte.

**SZ:** Oberschwaben ist traditionell politisch rabenschwarz und war für die SPD schon immer Diaspora. Woran liegt das eigentlich?

**Bindig:** In der Frühphase der Bundesrepublik ist in Oberschwaben massiv von den bürgerlich- konservativen und klerikalen Kräften gegen die SPD mobilisiert worden, dies wirkt in einigen Strukturen bis heute nach. Ein „rabenschwarzes“ Oberschwaben gibt es allerdings schon lange nicht mehr. Die CDU hatte zum Beispiel 1953 in Weingarten 73,5 Prozent, und dann ging es in Etappen bergab bis jetzt 35,5 %. So ähnlich sieht es überall im Kreis Ravensburg aus. Oberschwaben ist also viel bunter geworden. Es wäre allerdings schön, wenn der Rotanteil wieder mehr zunehmen würde.

**SZ:** Dennoch war der Kreis Ravensburg noch vor rund fünf Jahren politisch durch die SPD gut vertreten. Sie saßen 29 Jahre im Bundestag, Ihr Grünkrauter Kollege Matthias Weisheit bis zu seinem plötzlichen Herztod im Jahr 2005 13 Jahre. Was konnten Sie gemeinsam bewegen?

**Bindig:** Überall im Landkreis sieht man jetzt Solaranlagen, und viele Landwirte erzeugen Biogas. Dass die Weichen in Richtung auf erneuerbare Energie gestellt worden sind, daran haben wir tatkräftig mitgewirkt; wir haben uns erfolgreich für die Ortsumgebung von Isny und den Lückenschluss der A 96 - auf einer besseren Trasse, als ursprünglich vom Land geplant - eingesetzt. Das von rotgrün veranlasste IZBB- Programm hat zur Verbesserung an vieler Schulen der Region geführt. Mein verstorbener Kollege Matthias Weisheit hat sich engagiert für die Belange der Landwirtschaft eingesetzt.

**SZ:** Welche Dinge liegen Ihrer Meinung nach in der Region besonders im Argen, und wie sehen sozialdemokratische Lösungen für diese Probleme aus?

**Bindig:** Da ist zunächst der Dauerbrenner der Elektrifizierung der Südbahn zu nennen. Für einen möglichen zweigleisigen Ausbau der Strecke Friedrichshafen - Lindau habe ich vor etlichen Jahren schon einmal rund 90 Millionen DM reservieren lassen können. Da sich dieses Vorhaben dort nicht verwirklichen lässt, könnten diese Mittel für die Elektrifizierung umgewidmet werden. Dann ärgern mich die prekären Arbeitsverhältnisse bei vielen Großfirmalisten sehr. Denen könnte durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes abgeholfen werden. Des Weiteren müsste die Kinderbetreuung in der Region weiter ausgebaut werden.



**SZ:** Sie selbst setzen sich mit Vehemenz für den Weiterbau der B30 ein. Wie groß sind Ihrer Meinung nach die Chancen, dass 2011 endlich der lang ersehnte erste Spatenstich fällt?

**Bindig:** Da muss stets beharrlich „nachgebohrt“ werden. Ich werde dies auch weiterhin tun. Gefordert ist jetzt vor allem die CDU, da sie in Land und Bund die politische Verantwortung trägt. Ich bin erneut enttäuscht darüber, dass die von regionalen CDU-Politikern als so bedeutsam angekündigten „Baubesprechungen im Spätherbst“ offensichtlich wieder nichts gebracht haben. Wer bei überknapper Kassenlage großzügig Steuergeschenke verteilt, dem fehlen natürlich die Mittel für notwendige Infrastrukturprojekte.

**SZ:** Ganz ziehen Sie sich aus der Politik ja nicht zurück. Sie wurden im Juni in den Kreistag gewählt. Was sind Ihre drei wichtigsten Themen?

**Bindig:** Ich möchte mich im Kreistag insbesondere dem Themenbereich „Nachhaltiger Kreis Ravensburg“ widmen. Dies schließt den Klimaschutz, den Ausbau erneuerbarer Energie ebenso ein wie die Förderung und Intensivierung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Des Weiteren engagiere ich mich bei der kreiseigenen Arbeitsvermittlung Dipers. Dazu kommt mein Einsatz für die Infrastrukturprojekte, für die ich mich bereits als Bundestagsabgeordneter eingesetzt habe.

**SZ:** Erlauben Sie mir zum Abschluss eine private Frage: Sie leben seit einigen Jahren in Weingarten mit der SPD-Stadträtin Doris Spieß zusammen. Wie sehen Ihre Pläne für die Zukunft aus?

**Bindig:** Zunächst: Wir gedenken, auch weiterhin glücklich zusammenzuleben. Im politischen und privaten Bereich ergänzen und verstärken wir uns gegenseitig. Gemeinsam haben wir Freude an unseren beiden Tibetterriern Tara (Mutter) und Balu (Sohn). Außerdem wollen wir die Ausfahrten mit unserem Wohnmobil steigern: Letztes Jahr waren wir in den drei baltischen Ländern, im kommenden Jahr soll es nach Norwegen gehen.

(Erschienen: 09.12.2009 Schwäbische Zeitung)

Parteitag vom 05.12.09

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Schwäbischen Zeitung

## Alles Gute Rudolf

„Dem „Roten Seehas“ gratuliere ich herzlich zur (Wieder-)Geburt. Ich wünsche ihm ein erfolgreiches und langes Leben.“

So beginnt Dein Grußwort vom 22.09.2003 in der Erstausgabe des Roten Seehas.

Heute geben wir diese Worte zurück:

Wir wünschen Dir und Doris ein weiterhin glückliches und langes (Zusammen-) Leben in Deinem „Ruhestand“.

Da Du ja weiterhin in der Kommunalpolitik, in der Partei und bei HELP tätig bleibst, hoffen wir, Dich noch oft zu sehen und zu erleben.



Rudolf Bindig 2003

Die Redaktion: Karl-Heinz und Willi

## BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

### SPD landet "absoluten Volltreffer"

**Lindenberg** Viel Beifall erntete Rudolf Dreßler, neuer Träger des Sozialistenhutes, von den rund 100 Gästen, die zur Verleihung in die Aula der Grundschule Lindenberg gekommen waren. Die Auszeichnung, die jährlich vom SPD-Kreisverband Lindau vergeben wird, erweist sich für Dreßler, der seit 1969 Mitglied der SPD und seit 1980 Bundestagsabgeordneter ist, als große Ehre.



Leo Wiedemann (re) verleiht Rudolf Dreßler (re) den Sozialistenhut

In seiner Rede prangerte der frühere Staatssekretär und Botschafter Dreßler das schlechte Wahlergebnis der Wahl 2009 an, das die SPD zur Bestandsaufnahme und zur Aufarbeitung politischer Fehlentscheidungen zwingt. Die SPD besitze nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch in der linken Wählerschaft, sondern müsse sich auf mehr Zusammenarbeit mit den Linken und den Grünen einlassen, frei nach

dem Motto: "Freiheit des Menschen", statt "Freiheit des Marktes". Dreßler lehnt den Neoliberalismus der neuen schwarz-gelben Regierung vehement ab und behauptet, dass der Staat verpflichtet sei eine aktive Rolle einzunehmen und dass man soziale Institutionen keinesfalls als wirtschaftlichen Hemmschuh betrachten sollte.

Auch der letztjährige Träger, Ottmar Schreiner, zeigte sich in seiner Laudatio begeistert von der Wahl des Kreisverbandes. Die SPD habe mit der Vergabe an Dreßler einen "absoluten Volltreffer" gelandet und ein Mitglied geehrt, das nie bereit gewesen wäre sich anzupassen und als "soziales Gewissen" der Partei fungiere. Es sei ein "kapitaler Fehler" gewesen, Dreßler 1998 nicht zum Arbeits- und Sozialminister zu machen, da das Land gerade in einer Zeit, in der sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet, starke Sozialdemokraten brauche. "Wenn wir mehr solche gehabt hätten, stünde es in SPD und Gesellschaft anders", meint Schreiner. Trotzdem sei er optimistisch, dass die SPD aus den Fehlentwicklungen ihre Lehren gezogen hat und verabschiedet sich vom Publikum mit der Aussicht, dass der Parteitag in Dresden ein Neuanfang bedeuten könnte.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Frau Verena Niederacher, erschienen im Westallgäuer

### Zum Aufbau eines Pflegestützpunktes in Ulm erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

## **Arbeitsfähigkeit der Pflegestützpunkte muss langfristig gesichert werden**

„Der Aufbau von Pflegestützpunkten ist das Herzstück der Pflegereform 2007 und ist von der SPD gegen den Widerstand von CDU/CSU durchgesetzt worden. Die SPD hatte in der großen Koalition gefordert, dass in ganz Deutschland flächendeckend Pflegestützpunkte aufgebaut werden, im Verhältnis ein Pflegestützpunkt pro 20.000 Menschen,“ erklärt Hilde Mattheis.

„Für die Bürgerinnen und Bürger zahlt sich nun aus, wofür die SPD gekämpft hat. Dort, wo Pflegestützpunkte bereits ihren Betrieb aufgenommen haben, werden sie von den Bürgerinnen und Bürgern rege angenommen,“ stellt Mattheis weiter fest.

„Es wäre gegenüber den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen nicht verantwortbar, wenn die Pflegestützpunkte mit ihrem wohnortnahen und unabhängigen Beratungsangebot in einem Anfangsstadium stecken bleiben würden, nur weil aufgrund des

Regierungswechsels, die politische Unterstützung fehlt. Denn im schwarz-gelben Koalitionsvertrag fehlt ein klares Bekenntnis zu den Pflegestützpunkten.“

Hilde Mattheis fordert die Landesregierung, für den Aufbau von Pflegestützpunkten verantwortlich ist, daher auf, mehr als die bisher geplanten 50 Pflegestützpunkte einzurichten.

13.01.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

### Hilde Mattheis:

## **„GEW-Gutachten zur Schulstruktur bestätigt die immer schon vorgebrachte Kritik der SPD an der Bildungspolitik der Landesregierung“**

„Das am 13.01. veröffentlichte Gutachten der GEW zeigt, dass mit Schulkonzepten, bei denen Kinder länger gemeinsam lernen können, eine deutlich bessere und effizientere Schulversorgung sowie eine größere Bildungsgerechtigkeit im Land zu erreichen seien“, so Mattheis.

„Gerechtigkeit drückt sich gerade auch in der Bildungspolitik aus“, kommentiert die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis das Gutachten weiter.

„Die Pläne der Landesregierung zeugen davon, dass sie zum einen Bildungspolitik als Grundlage zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen nicht wahrnimmt und sie zweitens, den ländlichen Raum in seinen Entwicklungspotentialen beschneidet. Schulen sind ein wichtiger Standortfaktor. Vollerorts würden Schulen mit funktionierenden Kooperationen, starkem eigenem Profil und innovativen Konzepten leichtfertig aufgegeben.

Das neue Gutachten der GEW bestätigt beides: längeres gemeinsames lernen fördert Gerechtigkeit und sichert Standorte im ländlichen Raum“ führt Mattheis weiter aus.

13.01.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Ausbau der Strecke Ulm-Lindau darf nicht gestrichen werden**

Wie die Frankfurter Rundschau in ihrer heutigen Ausgabe berichtet, haben die neue Bundesregierung und Bahnchef Grube in einem Gespräch zwölf wichtige Ausbauprojekte der Bahn infrage gestellt.

Nach dem Geheimpapier soll der Ausbau (Elektrifizierung) der Strecke Ulm-Lindau, die für die gesamte Region von höchster politischer Bedeutung ist, gestrichen werden.

„Wenn Geld für wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte fehlt, dann darf die Antwort eben nicht ‚Steuerentlastungen des Best-Verdieners‘ heißen“, sagt Mattheis.

„Die Elektrifizierung der Strecke Ulm-Lindau steht im Bundesverkehrswegeplan seit Jahren im vordringlichen Bedarf. Dass sie nun durch die Hintertür gestrichen werden soll ist ein Skandal“, so Mattheis. „Ich fordere die Mandatsträger der Regierungsparteien in Bund und Land auf, sich für diese wichtige Verkehrsachse nachhaltig einzusetzen.“

18.01.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Oh Mutti!** (Meinungsbeitrag)

Einige Tage nach der Bundestagswahl kam ich im Bus in eine Gesprächsrunde zur Bundestagswahl. Ich warf ein: „Das war die erste Bundestagswahl, bei der die Wähler akzeptiert haben, dass sie mit Wahlversprechen belogen wurden“

Statt Protest ertete ich zustimmendes Gelächter.

Ob meine Mitfahrenden von damals heute auch noch lachen würden?

Schlimm an der Sache ist, dass Union und FDP genügend erfahrene Wirtschafts- und Finanzexperten aufzuweisen haben, die genau wissen, dass die angekündigten „Steuer Geschenke“ hochgradig vergiftet sind (s. auch S. 4 – „Satte Rendite..“).

Ekel erregend ist, dass in Regierungs- und Koalitionskreisen zur Gegenfinanzierung Abstriche an Hartz IV und die Aufgabe der Solidargesellschaft durch allerlei unsoziale Vorschläge empfohlen werden.

Die Union lässt sich an Scheinheiligkeit kaum überbieten: die Steuer Geschenke sollen etwas hinausgeschoben werden. Es darf geraten werden warum.

Fakt ist, dass im Mai Landtagswahlen in NRW sind. Da sind Ankündigungen von Wohltaten immer angebracht. Sollte man noch bis 2012 warten, wäre das gut für die nächste Bundestagswahl.

Wenn die (Ein)Sparmaßnahmen (nicht zu verwechseln mit Sparen = auf die hohe Kante legen) verhängt werden, waren es nicht die Geschenke an die Klientel von Union und FDP. Nein, die wirtschaftliche Lage hat dies herbeigeführt.

Die Maske der Koalitionäre ist schnell gefallen. Das wahre Gesicht heißt Neoliberalismus. War die Aus-

sage des Gesundheitsministers, er vertrete rund 70 Millionen Versicherte ein Versprecher oder brauchen 12 Millionen Menschen in Deutschland keine Versicherung? Die Auswirkungen der „Geschenke“ auf die Haushalte der Länder sind so gravierend, dass die Länder nur mit Mühe bei Laune gehalten werden konnten. Die Kommunen jedenfalls sehen keinerlei Handlungsspielraum mehr, da ihnen die Einnahmen so weg brechen, dass sie eigentlich zahlungsunfähig werden. Wir werden an Gebühren und Abgaben sehr bald die Auswirkungen spüren.

Wie werden sich die Empfänger von Hartz IV, die Geringverdiener und die Kleinrentner freuen, wenn sie endlich in den Genuss der versprochenen Steuererleichterungen kommen!

Das Bild wird klarer, die Konturen schärfen sich: Trotz aller Schäden, die die Gier und die Zockerei von Spekulanten und Bankern angerichtet haben, sind die Staaten nicht imstande oder willens, per Gesetz die Kapital- und Aktienmärkte so zu regulieren, dass Schaden von den Gesellschaften abgewendet wird.

Das Experiment, eine Gesellschaft zu etablieren, in der eine Minderheit die Mehrheit finanziell dominiert und die Mehrheit als billiges Arbeitermaterial benutzt, wird scheitern.

In die Geschichtsbücher zu schauen, könnte für manchen Radikalkapitalisten lehrreich sein.

Noch ist es ja nicht zu spät, wir können ja auch anders. Die Große Koalition, die zuletzt (fast) niemand mehr wollte, war so übel nicht. Es wurde mühsam aber doch recht erfolgreich regiert. Frau Merkel moderierte recht geschickt (und im Hintergrund recht energisch). Klare Linien lagen (liegen) ihr weniger. So dürfte sie auch die Mutti geworden sein.

Diese Art zu regieren, kann sie sich nicht mehr leisten. Hoffentlich merkt sie das noch. Sie hat versucht, die Union zu „sozialdemokratisieren“ und so die SPD überflüssig zu machen. Dies ist ihr nicht gelungen. Allerdings haben beide Parteien Kontur verloren und haben beide herbe Verluste erlitten. Die SPD war allerdings schlechter dran, sie verlor das Vertrauen ihrer Stammwähler. Der Erfolg der FDP verschleierte das Desaster der CDU.

So what? Wenn die Wähler das Ausmaß der Misswirtschaft und der Verschiebung des Volksvermögens merken, kann man ja per Wahl korrigieren.

Vielleicht, vielleicht aber ist es dann zu spät. Noch eine Weltwirtschaftskrise überstehen wir möglicherweise als Industrienation nicht mehr. Wir haben jetzt schon zu viele Menschen (Ganz Junge, Ältere) ins Abseits gestellt. Wir müssen zusammenrücken.

Glückauf

Karl Heinz König

## EINLADUNG

# Altersarmut? Rente mit 67?

## Zur Zukunft der Alterssicherung in Deutschland

### Öffentliches Podiumsgespräch mit

**Anton Schaaf, MdB (SPD)**

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, rentenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

**Manfred Heeb**

Hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär ver.di

Moderation:

**Jörg Hilbert**

**Montag, den 25. Januar 2010**

**18:30 Uhr**

**Haus Oberallgäu – großer Saal  
Sonthofen**

Kathrin Bäuerle • 87561 Oberstdorf • Reiserstraße 7 • 08322-606 292

Jörg Hilbert • 87541 Bad Hindelang • Zum Stegacker 19 • 08324 - 10 15

Alexander Zieglmaier • 87527 Sonthofen • Entschenburgweg 26A • Tel.: 08321-22816

Geschäftsstelle: Büro Matthias Klawonn • 87527 Sonthofen • Marktstraße 4 • 08321-676 18 39 / Fax: 08321-674 87 87

E-Mail: [buero.mklawonn@t-online.de](mailto:buero.mklawonn@t-online.de)

# **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg**

**GEW Kreisvorsitzender: Fritz Erb**  
**Kreis Tettngang (LKR Ravensburg & Bodenseekreis)**

Ravensburg, 6.1.2010

## ***Ergebnisse des Gutachtens „Die Tragfähigkeit des Schulangebots in Baden-Württemberg“. Öffentliche Präsentation der Ergebnisse für die Region Ravensburg/ Bodenseekreis***

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesverband und der Kreisvorstand Tettngang der Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft (GEW) laden ein zur Präsentation der Ergebnisse ihres Gutachtens zur regionalen Schulentwicklung am

**Montag, 25. Januar 2010, 17.00 – 19.00 Uhr im**  
**Kulturzentrum Linse (Großer Saal)**  
**Liebfrauenstr. 58, 88250 Weingarten**  
**(Parken: P7/am Stadtgarten, ca. 200 m entfernt)**  
mit

**Tino Bargel und Dr. Richard Fauser, Universität Konstanz**  
**Doro Moritz, Landesvorsitzende der GEW Baden-Württemberg**  
**Prof. Bernd Reinoffer, PH Weingarten (Moderation)**

Hintergrund:

Seit Monaten finden in den Gemeinden Baden-Württembergs – zum Teil heftige – Auseinandersetzungen über die Schließung von Hauptschulen und die Einrichtung von Werkrealschulen statt. Weil die möglichen Auswirkungen zurückgehender Schüler/innenzahlen auf das Schulangebot vor Ort schon länger in der Diskussion sind, hat die GEW ein Gutachten in Auftrag gegeben, das untersuchte, wie sich die Zahl der Schulstandorte unter den jetzigen Strukturen von Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien in den Jahren 2010 bis 2025 entwickeln wird. Die neue Werkrealschule ist dabei bereits berücksichtigt. In dem Gutachten wurden außerdem Berechnungen für alternative Schulstrukturmodelle durchgeführt.

Mit Unterstützung der Max-Träger-Stiftung, der Johannes-Löchner-Stiftung und des Vereins badischer Lehrerinnen und Lehrer e.V. kann die GEW wissenschaftlich fundiert und in der Genauigkeit einmalig eine Landesübersicht und vier Regionalanalysen zur regionalen Schulentwicklungsplanung vorlegen. Eine der vier Regionalanalysen betrifft den Kreis Ravensburg und den Bodenseekreis. Erstmals seit 17 Jahren gibt es damit in Baden-Württemberg verlässliche Zahlen für eine sinnvolle Planung der Schulstandorte. Bisher lässt die Landesregierung die Kommunen mit dieser wichtigen Aufgabe alleine.

Wir freuen uns, Ihnen die Ergebnisse vorstellen zu dürfen und mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen



**Doro Moritz**



**Fritz Erb, V. i. S. d. P.**

# Impressum

## Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis  
Weinbirnenstraße 5  
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

e-mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Bundes-SPD (SPD.de):

[www.spd.de](http://www.spd.de)

Dr. Roland Peter,

Pressesprecher:

[roland.peter@spd.landtag-bw.de](mailto:roland.peter@spd.landtag-bw.de)

Büro Peter Simon:

[peter.simon@europarl.europa.eu](mailto:peter.simon@europarl.europa.eu)

Büro Evelyne Gebhardt:

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Europa-Aktuell:

[Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Gebhardt@europarl.europa.eu)

Norbert Zeller, MdL:

[norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de)

Leon Hahn:

[adrian@wiemer-2000.de](mailto:adrian@wiemer-2000.de)

Eckert, Jakob:

[j.eckert@zeppelin-university.net](mailto:j.eckert@zeppelin-university.net)

Dietram Hoffmann:

[dietram.claudia@t-online.de](mailto:dietram.claudia@t-online.de)

Ariana Krizko | SP St.Gallen:

[krizko@sp-sg.ch](mailto:krizko@sp-sg.ch)

Dario Sulger | SP St.Gallen:

[sulzer@sp-sg.ch](mailto:sulzer@sp-sg.ch)

SPÖ-Express:

[hubert.loetsch@spoe.at](mailto:hubert.loetsch@spoe.at)

[www.spoe.at](http://www.spoe.at)

Wolfgang Heinzl,

Büroleiter Martin Gerster, MdB:

[Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)

[martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de)

Verena Niederacher, Westallgäuer:

[poridge\\_ods@yahoo.de](mailto:poridge_ods@yahoo.de)

Büro Hilde Mattheis, MdB:

[Hilde.Mattheis@bundestag.de](mailto:Hilde.Mattheis@bundestag.de)

Fritz Erb:

[F.Erb@t-online.de](mailto:F.Erb@t-online.de)

Büro Matthias Klawonn:

[buero.mklawonn@t-online.de](mailto:buero.mklawonn@t-online.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

## E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)